

Bier Bergarbeiter durch Kohlenäure getötet!

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Neurobe, 8. Juli.

In der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch, abends zwischen 8 und 9 Uhr ereignete sich auf der Wenzelsgrube in dem Runigundenschacht, in 750 Meter Querschlag auf der vierten Sohle ein folgenschwerer Kohlenäureausbruch. Die Bergarbeiter wurden sofort in Angriff genommen. Gegen 11 Uhr abends konnten die Leichen der Kameraden Reinhold Wolf, Anton Rechl, Heinrich Häbner und Wilhelm Porscha freigelegt werden. Dem Hauer Heinrich Dübisch war es gelungen, die dritte Sohle zu erreichen, wo er in bewußtlosem Zustande von den Rettungsmannschaften aufgefunden wurde. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt.

Wieder vier Tote (vier Familienväter!), die für einen Lohn, der um 15 Prozent niedriger als der berichtigte Waldburger Bergarbeiterlohn ist, schuften und jetzt ihr Leben lassen mußten. Die Grubenverwaltung und die Kommission führen das Unglück auf Naturgewalten zurück. Wir erinnern demgegenüber daran, daß das Oberbergamt Breslau in dem vor kurzem herausgegebenen Jahresbericht mitteilt: „Die bergpolizeilich von Fall zu Fall vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen für die sogenannten Kohlenäure-Betriebe niedersteigeriger Gruben haben sich unter der Voraussetzung ihrer ordnungsgemäßen Durchführung und genaue Befolgung (! D.Red.) auch weiterhin durchaus bewährt.“ Es sind eben nicht Naturgewalten, die immer wieder den Tod so vieler Bergarbeiter herbeiführen, sondern der Schuldige ist das Antreiberhilfem, das dem Bergmanne keine Zeit läßt, die bergpolizeilichen Vorschriften zu befolgen.

Neues Schandurteil in Leipzig

Leipzig, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts hat heute ein ernstes Terrorurteil gegen Kommunisten gefällt, nachdem er erst am Tage vorher revolutionäre Arbeiter auf Jahre hinaus ins Zuchthaus geschickt hatte. Der Genosse Hermann Malzer (Max Meide) wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat auf Grund des Republik-Schutzgesetzes zu drei Jahren Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Fünf Monate der ersten Untersuchungshaft wurden angerechnet. Der Rechtsanwalt Flögel hatte sogar eine Strafe von drei Jahren Zuchthaus beantragt.

Sozialdemokratischer Minister-Präsident in Mecklenburg

Schwerin, 9. Juli. (Eig. Draht.) — In der heutigen Sitzung des neu gewählten Landtages erfolgte die Wahl der Regierungsmitglieder. Als Ministerpräsident, der zugleich das Innenministerium verwaltet, wurde von den Sozialdemokraten der Abgeordnete Schäfer vorgeschlagen. Von den Rechtsparteien wurde der bisherige Ministerpräsident v. Brandenstein vorgeschlagen. Der sozialdemokratische Kandidat wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten gewählt. Als Finanz- und Landwirtschaftsminister wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Aich gewählt. Als Justiz- und Kultusminister wurden mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten der Demokrat Dr. Möller gewählt. Die kommunistische Fraktion gab eine Erklärung ab, in der sie sich bereit erklärte, für die Wahl eines sozialdemokratischen Ministers als Justiz- und Kultusminister einzutreten, um so die Bildung einer rein sozialdemokratischen Regierung zu ermöglichen. Gleichzeitig erklärte die kommunistische Fraktion, daß

die der Wahl eines Demokraten nicht zustimmen werde. Die Wahl des demokratischen Kandidaten wurde dadurch ermöglicht, daß die Rechtsparteien weiche Zettel abgaben. — In derselben Sitzung beschloß der Landtag, die Freilassung des Genossen Mahle, der wegen Hochverrat eine längere Zuchthausstrafe zu verbüßen hat und bei der letzten Wahl als Spitzenkandidat der SPD. aufgestellt war

Caillaux' Pläne

(Eig. Draht.) Berlin, 9. Juli.

Im Verlauf der gestrigen Finanzdebatte in der Kammer hielt Caillaux eine Rede gegen den sozialistischen Redner Blum, der am Mittwoch gesprochen hatte. Caillaux wendet sich vor allem gegen die Absicht, daß er eine Dawesierung Frankreichs herbeiführen wolle.

Der katastrophale Sturz des Franks dauert an. So ist ein englisches Pfund nachdrücklich auf 191,75 Franks gestiegen.

Das Bergbaugesetz im englischen Oberhaus angenommen

London, 9. Juli. (Eig. Draht.) — Gestern wurde das Achtstundengesetz im Oberhaus in dritter Lesung angenommen und erhielt dann die königliche Zustimmung gemäß dem Wunsch des Bergbauarons. Eine Anzahl von Arbeiterparteimitgliedern waren wegen der Debatte ins Oberhaus eingedrungen. Sie riefen den Anwesenden zu: „Bier Stunden für Euch und acht Stunden für die Bergarbeiter.“ Es kam zu heftigen Tumulten.

Kleine Nachrichten

Steigen der Großhandelsindexzahl. — Die auf den Stichtag des 7. Juli berechnete Großhandelsindexzahl des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 30. Juni um 1,3 auf 128,6 gestiegen. Bei weiter anziehenden Getreidepreisen erholte sich die Indexzahl der Agrarergänisse um 1,9 Prozent auf 131, während die der Industriestoffe nur leicht auf 124,1 anstieg.

Immer wieder Potemkin-Film. — Karlsruhe. Im badischen Landtag wurde mit 36 gegen 16 Stimmen ein Antrag der Rechten auf das Verbot des „Potemkin“-Films abgelehnt. Für die Ablehnung stimmten SPD., Demokraten und Zentrum.

Aus dem bayerischen Landtag. — München. Der nationalsozialistische Antrag auf sofortige Landtagsauflösung wurde gegen die Stimmen der Antragsteller sowie der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Ein Verbot des rituellen Schlägens für die Juden wurde gegen die Stimmen der bayerischen Volkspartei, der freien Vereinigung (Zentrum und Demokraten) und der Kommunisten angenommen. — Der sozialdemokratische Abgeordnete Bauer gab am Eingang des Sitzungssaales nach einem kurzen Wortwechsel dem nationalsozialistischen Abgeordneten Streicher mehrere Ohrfeigen, da dieser Bauer in seinem Nürnberger Blättchen in der gemeinsamen Welsch persönlich angegriffen hatte.

Ungen eines Renegaten. — Der aus der kommunistischen Partei ausgeschlossene Hans Sticker veröffentlicht in der sozialdemokratischen Presse Lügen und Verleumdungen gegen die kommunistische Partei. Der Bürche, der 1926 aus geschlossenen werden mußte, will seit Jahren die Politik der SPD. als „Verbrecherpolitik“ erklart haben. Seine Renegatendienste beweisen nur, daß die Partei durch den Ausschluß eines solchen Subjektes gewonnen hat.

in Polen mit Giftgasen beschupft werden. Das sind keine „unschuldigen“ Irrenden. Die Polizei und das polnische Militär schwebten gegen demonstrierende Arbeitslose in Jawierce, gegen Bergarbeiter in Dombrowa Gasbomben, die den qualvollen Tod zahlreicher Demonstrierender herbeiführten. Alles dies findet offen vor aller Welt statt. Die Qual der Arbeiter und Bauernmassen, das Sterben Tausender von politischen Gefangenen in Polen währt seit Jahren.

Soll das internationale Proletariat — und nicht nur das Proletariat — fallen Menschen, die ihren Anstand noch nicht völlig eingebüßt haben und deren Gewissen noch regt ist, ruhig den in Polen stattfindenden Ungeheuerlichkeiten zuschauen? Nein! Hundertmal nein! Wir haben die Mittel in den Händen, durch die das Leiden des polnischen Volkes in den Klauen der Reaktion gelindert werden kann. Wir müssen die polnische Reaktion zwingen, den Forderungen des polnischen Volkes nachzugeben. Freilassung der politischen Gefangenen! Dieser Ruf wird immer gewaltiger und findet bereits sein Echo in ganz Europa.

Eine Welle des Protestes muß durch die Welt gehen. Auf jeden Schritt muß die Verlogenheit und der Zynismus der Erklärungen der polnischen Regierungsvertreter im Auslande gebrandmarkt werden.

Diese Wörder müssen zu fühlen bekommen, daß wir wissen, mit wem wir es zu tun haben!

Die letzte Landtagssitzung

(Eig. Draht.) Berlin, 9. Juli.

Der Landtag arbeitete gestern eine Reihe kleinerer Vorlagen über Landgewinnungsarbeiten an der Nordsee und Kultivierung von Moorländern auf. Angenommen wurde einstimmig ein Gesetzentwurf über Bereitstellung weiterer Mittel für den Ausbau des Stettiner Hafens. Bei dem Bericht des Geschäftsrungs-Ausschusses über die Strafverfolgung verschiedener Abgeordneter, gab Genosse Bartels zu der Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dörr eine Erklärung ab:

Der Abgeordnete Dörr, der sich an den Vorfällen der Opfer der Klassenjustiz vergreifen habe, sei für die Arbeiterbewegung ein toter Mann. Wenn er selbst heute im Vertrauen auf die Kommunitätenfreundlichkeit bürgerlicher Richter die Erhebung seiner Korruptionsaffäre durch die Klassenjustiz fordert, so bestatige das nur die Richtigkeit der kommunistischen Stellungnahme, die sich bei der Abstimmung über die Strafgenehmigung im Ausschuß der Stimme enthalten habe.

Eine Denkschrift des Reichsinnenministeriums überlasse es künftig jedem Vorstandsmitglied, über die Immunität eines kommunistischen Abgeordneten zu entscheiden.

Bei dem Schwallerantrag der Deutschnationalen beglückwünschte Genosse Kilian die Genossen Kilian dagegen, daß einseitig den Großagraren und Magnaten Vergünstigungen zugesagt werden sollten. Der kommunistische Antrag verlangte: Festhaltung der Schäden durch die Hochwässerungselbstigen selber und Unterstützung der Kleinen Leute.

Zu meinem Antrag, der die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze um 50 Proz. und unsere bekannten Forderungen zur Bänderung der Arbeitslosigkeit enthält, spricht Genosse Kollwitz. Er fährt kräftig über die Lage der Erwerbslosen an.

Bei der Abstimmung stimmten die bürgerlichen Parteien wie auch die Sozialdemokraten gegen den kommunistischen Verbesserungsvorschlag zur Erwerbslosenfrage. Angenommen wurde lediglich ein sehr reaktionärer, zu nichts verpflichtender Antrag.

Hierauf vertagte sich der Landtag bis zum 21. September.

Der Ruf des Goldes

Roman von Jack London.

Aber in einer plötzlichen Aufwallung zog er sie in den Langsaal, und während er sie im Baher herumshawang, grübelte sie über die Hartnäckigkeit des Mannes, der sie in seinen Armen hielt und all ihrer List widerstand.

Um sechs Uhr stand er, von Whisky brennend, aber immer noch feiner mächtig, am Schanktisch und drückte jedem die Hand herunter. Das ging so vor sich, daß zwei Männer sich einander gegenüberstellten, während ihr rechter Ellbogen auf dem Schanktisch ruhte. Dana griffen sie sich bei der rechten Hand und jeder versuchte, die des anderen unterzuzerren. Einer nach dem anderen kam an die Reihe, aber keiner konnte ihn bezwingen, und selbst Olaf Henderson und der Franzosen-Louis konnten nicht gegen ihn aufkommen. Da sie behaupteten, daß es ein Trick, ein eingeübter Trick war, forderte er sie zu einer andern Probe heraus.

„Seht her, Leute!“ rief er. „Ich will vorerster Sachen: erüens meinen Beutel wiegen und zweitens alles, was darinnen ist, dafür werten, daß ich zwei Maßfäße mehr haben werde als der Stärkste von euch.“

„Sei Gott — angenommen!“ überlante die Stimme des Franzosen-Louis das Getöse.

„Sohn, Jungens. Ich weiß zwar nicht, was ich euch sagen soll“, begann Danlight trocken, denn er wählte erst die Herrschaft über sein wütendes Gehirn wiedergewinnen. „Ich glaube, ich will euch eine Geschichte erzählen, Leute. Ich hatte einmal einen Partner, unten in Inman. Er kam aus Nordkarolina und pflegte mir diese Geschichte zu erzählen. Es war bei einer Hochzeit in den Bergen seiner Heimat. Die Familie und alle ihre Freunde waren versammelt. Der Pfarrer legte gerade die letzte Hand ans Reden und sagte: „Was Gott zusammenfügt, die soll der Mensch nicht scheiden.“

„Herr Pfarrer“, sagte der Bräutigam, „ich gefalte mir, zu begreifen, daß dieser Satz grammatisch richtig ist. Ich möchte, daß diese Hochzeit in jeder Beziehung korrekt ausgeführt wird.“

Als der Rauch sich verzog, ließ sich die Braut um und erblüht einen toten Pfarrer, einen toten Bräutigam, einen toten Bruder, zwei tote Väter und fünf tote Hochzeitsgäste.

Da richtete sie einen tiefen Seufzer aus und sagt: „Die nemodigen Selbstblinder haben alle meine Pläne umgeworfen.“

„Und so sage ich euch, Leute“, fuhr Danlight fort, als sich

das stürmische Gelächter gelegt hatte, „daß Jack Rearn's vier Könige meine ganzen Pläne umgeworfen haben. Ich bin so arm wie eine Kirchenmaus und muß nun mit der Post nach Dyea.“

„Nach Hause?“ fragte einer. Einen Augenblick flog ein ärgerliches Zucken über sein Gesicht, aber im nächsten Augenblick hatte er seine gute Laune wiedergewunden.

„Ich weiß, daß es nur Scherz ist, wenn ihr so was fragt“, sagte er lächelnd. „Selbstverständlich gehe ich nicht nach Hause.“

„Kannst du darauf schwören, Danlight?“ rief dieselbe Stimme.

„Aber sicher. Ich kam ich zum erstenmal über den Chilcoot. Ich überprüfte den Paß im Sämeestum mit einem zerklüfteten Hund und einer Tasse voll Mehl. Drüben gab es nichts zu beißen und ich machte nach Juneau zurück. Dort erhielt ich in jenem Winter meinen Proviant und im Frühling ging ich wieder über den Paß. Und noch einmal verzweilte mich der Hunger. Im nächsten Frühling kam ich wieder, und ich schwor, nicht umzukehren, ehe ich meinen Einkauf nicht heraus hatte. Schön, das ist noch nicht geschehen, und hier bin ich nun. Und jetzt gehe ich nicht nach Hause. Ich hole die Post und dann kommt ich wieder. Ich bleibe nicht die Nacht über in Dyea. Sobald ich die Hände gewaschen und Post und Proviant bekommen habe, will ich über den Chilcoot gehen. Und ich schwöre, noch einmal bei den Gehirnwänden der Hölle und beim Kopf Jobeanes des Täufers, daß ich nicht eher heimgehe, bis ich mir ein Vermögen gemacht habe. Und das sage ich euch, Leute, es muß ein mächtiges Vermögen sein.“

„Was nennst du ein Vermögen?“ fragte Bettles, der neben dem Stuhl stand und seine Arme zärtlich um Danlight's Schenkel geschlungen hatte.

„Ja, wieviel? Was nennst du ein Vermögen?“ fragten andere.

Danlight hielt einen Augenblick inne und bedachte sich. „Hier oder fünf Millionen“, sagte er langsam und hob die Hand, um Schwärzen zu gebieten, denn seine Erklärung wurde mit härenlichem Hochgelächter begrüßt. „Ich will ganz vernünftig sein und will sagen: mindestens eine Million. Aber das ist auch das wenigste, sonst gehe ich nicht aus dem Lande.“

Wieder wurde seine Behauptung mit schallendem Gelächter begrüßt. Nicht nur hatte die gesamte Ansehende am Tischen bis dahin keine fünf Millionen erreicht, es gab nicht einen einzigen, der je für hunderttausend Dollar Gold geworden hätte, geschweige denn für eine Million.

„Hört nur zu, Jungens. Ihr habt heute gesehen, wie Jack Rearns eine Chance verfolgte. Ehe gelaufen wurde, hatten wir ihn. Aber er mußte, daß er noch einen König bekommen würde — das war seine Chance —, und er bekam ihn. Und ich sage euch, ich habe auch eine Chance. Es wird einmal ein großer Treffen am Yukon kommen, und er kommt bald. Ich meine nicht die Broden, die wir in Moosehide oder Birch-Creek finden. Ich meine einen Fund, daß sich einem die Haare sträuben. Ich sag euch, Leute, das Gold liegt da und wartet nur, daß man es holt. Niemand kann den Gang der Dinge aufhalten. Es liegt flussaufwärts, und dort müßt ihr mich suchen, wenn ihr mich in der nächsten Zeit finden wollt, irgendwo im Lande um den Stewart-River, den Indian-River und Klondike-River. Wenn ich mit der Post zurückkomme, mache ich mich auf den Weg dahin, und so schnell, daß ihr meine Fahrt vor Raub nicht leben könnt. Es kommt, Jungens, Gold von den Graswurzeln aufwärts, hundert Dollar in jeder Pfanne, und aus der ganzen Welt werden die Leute herbeiströmen, fünfzigtausend Mann stark. Ihr werdet denken, daß die Hölle losgelassen ist.“

Er führte das Glas an die Lippen.

„Ihr sollt leben, und ich hoffe, daß ihr alle mit dabei sein werdet!“

Er trat vom Stuhl herab und fiel wieder in die Bärenantigen Bettles.

„Wenn ich du wäre, Danlight, so würde ich heute nicht fahren“, rief Joe Hines, der draußen gewesen war und das Thermometer untersucht hatte. „Wir kriegen eine kühle Kälte. Es sind jetzt schon sechs Grad und es geht immer noch herunter. Wart lieber bis es wärmer wird.“

Danlight lachte, und die allen Ketze um ihn her lachten.

„Das sieht euch Gelbschnabeln ähnlich“, rief Bettles, „vor dem höchsten Kälte hange zu sein. Du kennst Danlight verdammt schlecht, wenn du meinst, daß die Kälte ihn hindern kann.“

„Er kriegt ja Frost in die Lungen, wenn er in der Kälte reißt“, lautete die Antwort.

„Den Teufel kriegt er! Steh mal, Hines, du bist erst drei Jahre in diesem Lande, du hast dich noch nicht richtig daran gewöhnt. Ich habe Danlight fünfzig Meilen den Yukon aufwärts fahren sehen an einem Tage, als das Thermometer bei zweiundzwanzig Grad in Stille sprang.“

Hines schüttelte besorgt den Kopf.

„Gerade solche Leute kriegen Frost in die Lungen“, warnte er.

(Fortsetzung folgt.)

Kartellwesen und Hochschutzzölle

Gebrochene Zollversprechen

Der Zolltarif vom 17. August 1925 sah neben der Erhöhung der Industriezölle auch eine derartige Erhöhung der Lebens- und Futtermittelzölle vor, daß die bisher-Schleiben-Kantig-Regierung und die bürgerlichen Parteien es nicht wagten, diese Zölle auf das Brot des Arbeiters sofort in Kraft zu setzen. Man sticht darum einen Paragraphen ins Gesetz, der für die wichtigsten Lebens- und Futtermittel vorläufig für ein Jahr ermäßigte Zölle vorsah. Um die Großagrarier zufriedenzustellen, versprach die Regierung, daß diese ermäßigten Zölle bei Handelsverträgen nicht unterschritten werden dürften, also Mindestzölle seien. Um die Arbeitermassen irrezuführen, erklärte die Regierung gleichzeitig, daß die hohen „autonomen“ Zölle praktisch ja gar nicht wirksam würden, da sie doch nur die „Zollrückung“ seien, mit Hilfe derer man bis zum nächsten Sommer alle wichtigsten Handelsverträge unter Dach und Fach haben werde. So kam denn das berühmte Zollkompromiß zwischen Großindustriellen und Großagrarier, zwischen den Rechtsparteien und den Parteien der Mitte zustande.

Heute nach einem Jahr Hochschutzzollpolitik stehen vor allem drei Tatsachen klar vor den Augen des wertfälligen Volkes:

1. Die Hochschutzzölle haben weder dem Kleinbauer noch den Kleingewerbetreibenden die erwartete Hilfe gebracht.
2. Die Regierung hat trotz oder vielmehr wegen ihrer „Zollrückung“ nicht einen einzigen Handelsvertrag von größerer Bedeutung zustandegebracht, sondern im Gegenteil die handelspolitische Lage mit den wichtigsten Staaten durch Zollkriege und Kampfmaßnahmen verschlechtert.
3. Das einzige Ergebnis der Hochschutzzollpolitik war die Beschleunigung der Kartellierung und Ringbildung bei Großindustrie und Großhandel, die wachsende Preisdiktatur des Großkapitals bei fortwährender Stilllegung von Betrieben, und ein schwinghafter Wucher der großen Weizenproduzenten und Weizenhändler mit Hilfe der Einfuhrscheine.

Seit dem Frühjahr 1926 hat ein unerhörter Preisrückgang in Brotgetreide und Futtermitteln eingesetzt. Ende Juni kostete an der Berliner Getreidebörse der Weizen, Futtermittel 302 Mark die Tonne (Friedensdurchschnitt 195—200 M.), der Roggen für Juli 207 M. (Friedensdurchschnitt 165 M.). Im Brotpreis wirkten sich diese Getreidepreise insofern aus, als die Bäckereien sowohl das Schwarzbrot wie das Kleingebäck im Gewicht erheblich verringerten. Die kleinen und mittleren Bauern, die gezwungen waren, ihre Ernte schon im Herbst und Winter bei außerordentlich niedrigen Preisen auf den Markt zu werfen, sind jetzt als Zuläufer ebenfalls die Leidtragenden.

Trotzdem sollten die bisher geltenden Zollermäßigungen für Brotfrucht und Futtermittel am 1. August außer Kraft treten, der autonome Zolltarif von 7 M. auf den Doppelzentner Roggen, 7,50 M. auf den Doppelzentner Weizen, 7 M. für den Doppelzentner Mais oder Futtergerste usw., also fast durchweg eine Erhöhung von über 100 Prozent, bei Futtermitteln sogar von 700 Prozent in Kraft treten. Doch die neue Zollmehrheit von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten geht, um das Volk stückweise an den neuen Zollwucher zu gewöhnen, mit der Erhöhung stückweise, aber grübelnd vor. Da weiterhin auch die Ernteausichten dieses Jahres infolge der verminderten Düngung und der Unwetterchäden erheblich geringer sein werden als im Vorjahre, so ist mit einer Erhöhung der Preise um den Zollbetrag über die Weltmarktpreise mit Bestimmtheit zu rechnen.

Handelsverträge als Zollkriegserfaß

Die Regierung denkt auch gar nicht daran, bei Abschluß neuer Handelsverträge erheblich unter die autonomen Sätze herabzugehen. Das zeigt der deutsch-schwedische Handelsvertrag, der gegenwärtig den Reichstag beschäftigt. Dort ist für das Brotgetreide die großzügige Ermäßigung von einer ganzen Mark unter die autonomen Sätze vorgesehen. Für Gerste beträgt die Ermäßigung 2 M. Der Zollsatz für Maier und Schaje steigt von 13 Mark auf 16 Mark (autonom 18 Mark), für Schweine von 14,50 M. auf 16 M. (autonom 18 M.) und für frisches Fleisch von 21 bis 24 M. auf 32 bis 37,50 M. (autonom 45 M.). Für Schmalz steigt der Zoll von 6 M. auf 10 M. (autonom 12,50 M.).

Schwerden in kein Land, das Getreide und Futtermittel oder auch nur nennenswerte Mengen von Fleisch und Fette für die Ausfuhr erzeugt. Es ist im Gegenteil Einfuhrland. Die deutsche Regierung hat diese Tarifnummern nur deshalb in den deutsch-schwedischen Vertrag gesetzt, um damit von vornherein für die kommenden Vertragsverhandlungen mit anderen Staaten ihre Mindestsätze festzulegen. Da Schweden an diesen Sätzen nicht interessiert ist, so konnte es der deutschen Regierung den Gefallen tun und die Tarifnummern in seinen Handelsvertrag aufnehmen.

Die Gleichgültigkeit Schwedens gegen die deutschen Lebensmittelzölle wurde der willkommenen Anlaß für den Bürgerblock, die Zölle allgemein herauszufegen. Ohne Schweden zu fragen, stellte der Reichstag in seiner letzten Sitzung im Handelsvertrag die Roggen-, Weizen- und Haferzölle auf je 5 Mark, den Zoll für Futtergerste auf 2 Mark, für Mais auf 3,20 Mark fest, und verfügte zugleich, daß diese Sätze in Zukunft auch für den deutschen Zolltarif bis zum 31. Dezember 1926 gelten sollen. Wenn nach Ablauf des Sperrgesetzes die Fürsten ihre Milliarden einpacken, soll als Entgelt für so viel monarchistische Treue das deutsche Volk die Lebensmittelzölle in voller Höhe über sich ergehen lassen dürfen, nachdem es sich ein halbes Jahr lang durch Engerschnüren des Hungertiemens allmählich an sie gewöhnt hat.

Die Spitze dieser Zollmaßnahmen richtet sich aber gegen Polen, Tschechoslowakei und Rußland, die als

Hauptimportländer für Getreide und Futtermittel nach Deutschland in Betracht kommen und die man mit dieser „Zollrückung“ zwingen will, entweder auf anderen Gebieten teilweise bei Ausfuhr der Fall war, den Hauptteil des Zollausschlages selber zu tragen. Man setzt also die Methoden des Zollkrieges fort, obwohl die Ergebnisse des deutsch-polnischen Zollkrieges sich für die arbeitenden Massen hüben wie drüben, und sogar für große Teile des Klein-Bürgertums katastrophal ausgewirkt haben, und obwohl die Zollpolitik Englands und Amerikas, die durch Erhöhungen ihre Zölle und durch Antidumpinggesetze ihre handelspolitische Wehr verstärken, deutlich beweisen, daß Zollrückungen ebensowenig wie Waffenrüstungen Instrumente friedlicher Verständigung, sondern imperialistische Kampfmittel sind.

Das weiß natürlich auch die deutsche Bourgeoisie ganz genau. Das Verstecken von den günstigen Handelsverträgen, die man mit Hilfe der Zölle erreichen wollte, ist, soweit es sich auf Verträge mit großen imperialistischen Staaten bezieht, eitel Schaumflügelerei zur Irreführung gutgläubiger Kleinbürger und Arbeiter, denen man das alte Märchen von einem ehrlichen friedlichen Wettbewerb der Kapitalisten untereinander vorschwatzt.

Hochschutzzölle und Kapitalkonzentration

Das Hauptziel der Schutz Zollpolitik der deutschen Bourgeoisie ist ein ganz anderes. Ein Blick auf die Produktions- und Preispolitik der deutschen Schwerindustriellen im letzten Jahre zeigt das mit verblüffender Deutlichkeit. Was die Kommunisten bei den großen Zollkämpfen im Sommer 1925 wiederholt im Reichstag und vor den Massen erklärt haben, ist Wort für Wort zur Wahrheit geworden.

Die Schutzzölle sind eine mächtige Waffe in der Hand der großen Kartelle und Syndikate, um den freien Markt im Inlande zu verdrängen, und kraft ihrer so errungenen Monopolstellung sowohl gegenüber der verarbeitenden Kleinindustrie, wie auch gegenüber dem Handel und den Konsumentenmassen die ihnen gemachten Bedingungen für Produktions-, Absatz- und Preisbildung zu diktieren.

Schon vor dem Kriege hat z. B. der Deutsche Stahlwerkverband es glänzend verstanden, die Inlandspreise um den vollen Zollbetrag über den Weltmarktpreis zu erhöhen, um dafür nach dem Ausland eine Dumpingausfuhr zu betreiben. Aber bis zum Sommer 1925 hatte dieses System der Ausplünderung des eigenen Volkes und der Schmutzkonkurrenz nach außen noch insofern ein Loch, als die Syndizierung der Stabeisen-, Vandeisen-, Walzdraht- und Blechzeugung nicht durchgeführt war. Es bestand also noch eine gewisse freie Konkurrenz der Werke untereinander. Die Preise blieben im großen und ganzen auf Weltmarktniveau.

Dies wurde anders, als 1925 die Syndizierung auch dieser Industriezweige gelang. Schon im Januar 1925, also ein volles halbes Jahr, ehe die betreffenden Syndikate offiziell ins Leben traten, und ehe von der Regierung vorbereitete neue Schutzzolltarif im Reichstag angenommen wurde, hatten die Interessenten auf Grund vorläufiger Abmachungen die Preise um den vollen Zollbetrag über den Weltmarktpreis hinaufgesetzt. Kurz vor Erledigung der Zolltarifnovelle haben freilich die einzelnen Werke noch ein förmliches Wettrennen untereinander veranstaltet, um sich mit Aufträgen zu niedrigeren Preisen zu versehen. Aber schon Ende Januar 1926 wurde hinter den Mauern des lüdenlosen Zolltarifs die Preisdiktatur der neuen Syndikate straff durchgeföhrt: alle noch laufenden „Vorbandgeschäfte“ wurden annulliert. Dadurch konnte durchgeföhrt werden, daß der Stabeisenpreis in Deutschland von 100 Mark pro Tonne auf rund 140 Mark im Jahre 1926 stieg.

Aber diese Syndizierung der Schwerindustrie hatte noch weitere Folgen. Ab 1. Februar 1926 wurden auf Veranlassung der Schwerindustriellen auch die Eisenhändler ganz Nord- und Mitteldeutschlands in drei großen Kartellen zusammengefaßt. Die Eisenhändler mußten sich verpflichten, nur noch von deutschen Werken zu beziehen. Dafür belanden sie die Erlaubnis, ihrerseits die Preise um 35 Prozent zu erhöhen. Sufolge dessen stieg in Mitteldeutschland der Stabeisenpreis ab Händlerlager von 165 Mark auf 215 Mark. Parallel mit diesen Erscheinungen im Inlande liefen dann die bekannten internationalen Verhandlungen zwecks Gründung eines Internationalen Eisenhändler-Kartells.

Eine ganz ähnliche Entwicklung sehen wir in der Rastindustrie, in der chemischen Industrie, in der Mühlenindustrie, in der Margarine- und der Zuckerindustrie. In den Fachzeitschriften der Großindustriellen wird ganz offen ausgesprochen, daß ohne straffe Kartellierung und Syndizierung eine wirkliche Ausnützung der Schutzzölle nicht möglich sei.

Die Konzentration im Agrarkapital

In der Landwirtschaft sehen wir mit einigen, durch die besonderen Verhältnisse dieses Produktionszweiges bestimmten Abänderungen das selbe Bild. Die Rolle der großen Kartelle spielen hier, soweit die kapitalistisch wirtschaftenden großen Agrarunternehmer in Betracht kommen, die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Im Jahresbericht der Deutschen Raiffeisenbank für das Geschäftsjahr 1925/26 heißt es ausdrücklich:

Wir stehen im Anfang einer neuen Wirtschaftsepoke, und in allen Wirtschaftszweigen bildet sich die wirtschaftliche Großform mehr und mehr heraus. Ihr gegenüber kann auch der einzelne Landwirt in seiner Isolation nicht mehr bestehen. Auch er muß die Reihen schließen, muß zur wirtschaftlichen Großform übergehen, will er nicht erdrückt werden. Was für andere Wirtschaftszweige Kartelle, Trusts und Interessengemeinschaften sind, das ist für den Landwirt der moderne Ausgestaltete. Im weitesten Sinne des Wortes zu vergebende genossenschaftliche Zusammenschluß.

Bereits im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts, sofort nach

Einführung der Alsow-Zölle, setzte eine planmäßige und systematische Arbeit ein, um die landwirtschaftlichen Genossenschaften mehr und mehr in Kartelle und Syndikate der Agrarkapitalisten zu verwandeln. Bereits auf der 32. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates 1904 wurden die landwirtschaftlichen Genossenschaften „die eigentlichen Kartelle der Landwirtschaft“ genannt. Weiterhin schrieb Prof. Seeling bereits 1897, also noch während der Capriol-Zeit in Thiels Landwirtschaftlichen Jahrbüchern:

Man hofft, die Schwierigkeiten (der freien Konkurrenz) zu überwinden durch eine weitere Ausbildung des Genossenschaftswesens oder vielmehr durch das Mittel, welches gegenwärtig unsere Großindustrie so eigenartig umgestaltet, durch Kartelle. Man agitiert dafür, daß die einzelnen Molkereien sich zahlreicher als bisher den großen Butterverkaufsverbänden anschließen und sich verpflichten, einen bestimmten Teil ihrer Produktion nur durch sie abzusetzen. Die vergrößerten und verbesserten Verkaufsverbände wollen dann die Absatzgebiete unter sich verteilen und auf diese Weise die bisherige preisverderbende Konkurrenz beseitigen; die Ueberschüsse sollen, wenn auch mit Opfern, ins Ausland gebracht werden.

Und auf der Tagung der deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften 1908 erklärte Landesökonomierat Johansen, daß die Schaffung eines Monopols das einzige Mittel sei, um die „Verfälschung“ zu beseitigen.

Wenn man diese Entwicklung der Landwirtschaftlichen Genossenschaften aus Einrichtungen der gegenseitigen Hilfe kleiner isolierter Bauern zu mächtigen Kartellen der zusammengeschlossenen Agrarunternehmer im Auge behält, dann erst wird die Zollpolitik des Reichs-Laubundes und der Führer der Rheinischen Bauernvereine voll begrifflich. Dann erst wird es verständlich, daß die großagrarischen Verbände und Parteien zu einer Zeit, als die deutschen Getreide- und Viehpreise dauern und zum Teil tief unter den Weltmarktpreisen standen, also eine direkte Auswirkung der Schutzzölle im Preise nicht zu erwarten war, trotzdem unentwegt und mit äußerster Eungskraft nach dem Schutz Zoll riefen und sogar einem Zollgesetz zustimmten, das die Agrarzölle mit hohen Industriezöllen verband. Es war von vornherein klar, daß solche Agrarzölle, zumal in ihrer Verbundenheit mit den Industriezöllen, unmöglich eine Hilfe für die Massen der kleinen und mittleren Bauern bedeuten konnten. Sinn hatte diese ganze Zollpolitik nur dann, wenn

1. die Großagrarier als Teilhaber an industriellen Werken und Gesellschaften auch an Monopolprofiten der syndizierten Großindustrie teilnahmen,
2. man damit rechnete, daß infolge der mit Hilfe der landwirtschaftlichen Genossenschaften durchgeföhrien Betrieben und Roggenausfuhr während des Winters im Frühjahr in Deutschland Knappheit an Brotgetreide und damit eine allgemeine Preishausse eintreten werde,
3. man sich darauf einrichtete, um mit Hilfe der Kreditkassen und Lagerhäuser der Genossenschaften Produktion und Absatz zu „regeln“ und die kommende Preishausse im Frühjahr unter Ausnützung des Bestehens der Einfuhrscheine grübelnd auszunutzen.

Die Gründung der Deutschen Getreidehandels-Gesellschaft im Frühjahr 1926 durch die Spitzenorganisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften (Vereinsvereinigung deutscher Landwirte) in Verbindung mit dem Raiffeisenbank und dem Stickstoffsyndikat ist der erste Schritt zu einer solchen monopolistischen Regelung der Produktion und des Absatzes, wobei der Staat Hilfeleistung leistet.

Ueber die wirtschaftliche Existenz von Millionen bäuerlicher Klein- und Mittelbetriebe geht man dabei zur Tagesordnung über. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften werden im Gegenteil ein Mittel, um sie erst recht für die Pläne der Großagrarier gefügig zu machen.

Die Vernichtung der Mittelschichten in Stadt und Land

Die Schutz Zollmauer, die man um Deutschland legt, wälzt diesen Prozeß der Umwandlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Kartelle der großen Agrarunternehmer und der beschleunigten Verschmelzung des großen Industriekapitals mit dem Agrarkapital (wie das heute bereits in der Bank für die rheinische Landwirtschaft oder in der Deutschen Getreidehandels-Gesellschaft der Fall ist) bedeutend erleichtern.

Die neuen Zölle bezwecken mit der Verdoppelung der Grenzpreise einen ausgesprochenen Angriff der Agrarkapitalisten auf die kleine und mittlere Bauernschaft, die zum großen Teil Käufer von Futtermitteln ist. Genau wie die Konzentration des Industriekapitals nicht nur auf Kosten der Arbeitermassen, sondern gleichzeitig auch auf Kosten der wirtschaftlich schwächeren Kleinunternehmer und der verarbeitenden Industrien geht, so auch in der Landwirtschaft.

Wenn heute die Schwerindustrie bereit ist, den Großagrarier erhöhte Agrarzölle zu genehmigen, obwohl das eine gewaltige Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeitermassen und demzufolge neue Lohnforderungen im Gefolge haben muß, so tun sie das nur deshalb, weil sie sich bereits stark genug fühlen, die Lohnansprüche der Arbeiter zurückzuweisen, ja sogar mit der Hilfe der industriellen Reservearmee, die ihre „Nationalisierung“ geschaffen hat, die Löhne weiter zu brüden. Die Schaffung des großen Montantrusts ist eine Etappe auf diesem Wege der Konzentration. Darüber hinaus sind die neuen Zollrückungen ein Beweis der fortschreitenden Verschmelzung der industriellen und großagrarischen Interessen. Und mit jedem Schritt, den dieses Bündnis der Junker und Schlobarone weiter macht, wird die Gewaltkonflikte und die allmähliche Vernichtung der Kleinbürgerlichen Mittelschichten vor sich führen. Ihre Außenpolitik die internationalen Beziehungen und Spannungen noch steigern.

Aus Betrieb und Werkstatt

Lohnabbau im Bauwerke

Das Zentral-Schiedsgericht für das Bauwerke, von den Bauarbeitern treffend „Lohnabbau-Kommission“ genannt, hat in der vergangenen Woche wiederum für 3 Lohnbezirke den Bauarbeiterlohn abgebaut.

Wie bereits gemeldet, werden die Löhne in den ersten drei Lohnklassen in Niederösterreich um 2 bis 3 Prozent gekürzt, in Wien und in der Steiermark um 2 bis 3 Prozent. Die Tiefbauarbeiterlöhne in West- und Ostösterreich werden von 52 auf 50 W. herabgesetzt. Die Tarifvorschläge für Ost- und Westösterreich, ebenso die Streitfragen um die Tiefbauarbeiterlöhne in Wien und Unter- und Ober-Österreich, sind im Lohngebiet Wien, den Burgen und in allen Österr. weitergeleitet worden.

Damit hat die Lohnabbau-Kommission schon zum drittenmal bewiesen, daß sie nur eine Einrichtung zur Wahrung der Interessen der Unternehmer ist. In fast allen Bezirken ist, den Wünschen der Unternehmer entsprechend, ein radikaler Lohnabbau durchgeführt worden.

Die zentrale Lohnregelung ist bisher im Bauwerke von den Bauarbeitersyndikaten aus verschiedenen Gründen abgelehnt und mit Erfolg bekämpft worden. Schon im großen Kampf 1910 haben die Bauunternehmer vergeblich gekämpft. Mit Abschluß des großen Bauarbeiterstreiks im Jahre 1925 hatten sie ihr Ziel erreicht. Jetzt nähern sie rücksichtslos ihre Chancen aus. Interessant ist dabei, daß die reformistischen Führer des Bauwerkerverbands bei Einführung des zentralen Schiedsgerichts diese Einrichtung den Bauarbeitern als eine nützliche Sache zur „Sicherung des Wirtschaftsfriedens“ hinstellen und kein Mittel unversucht lassen, um die Zustimmung der Mitgliedschaft zur Bildung dieses Schiedsgerichts zu erlangen. Nichts ist unternommen worden, um auf die Gefahren aufmerksam zu machen.

In vielen Orten haben die Mitglieder des Bauwerkerverbands Resolutionen angenommen, in denen von der Bundesleitung verlangt wird, das zentrale Schiedsgericht bei der ersten besten Gelegenheit aufzulösen zu lassen. Es gehört dazu nicht viel, die Gewerkschaften haben nur notwendig, ihre Vertreter zurückzurufen — und das Schiedsgericht ist beschlußunfähig. Aber nichts dergleichen geschieht. Nicht einmal ein wenig Obstruktion wird versucht. Es geht so aus, als ob die reformistischen Führer des Bauwerkerverbands mit der Tätigkeit der Lohnabbau-Kommission einverstanden sind. Dabei ist der Gedanke, das Schiedsgericht aufzulösen zu lassen, d. h. beschlußunfähig zu machen, nicht etwa nur in solchen Orten, wo die Kommunisten einen nennenswerten Einfluß haben, erörtert worden, sondern auch in Mitgliedschaften, denen wahrhaftig nicht nachgedacht werden kann, daß sie auf „Moskau“ schwören. Wenn trotzdem die Bürokratie des Bauwerkerverbands dem zentralen Schiedsgericht immer wieder erwidert, sich mit dem Schein der Unparteilichkeit zu unwillen. So gewinnt die Vermutung, daß die Reformisten mit dem Lohnabbau einverstanden sind, immer mehr an Wahrscheinlichkeit.

Vorder! die Zurückziehung der Revolververtreter aus dem zentralen Schiedsgericht und Bildung einer Einheitsfront aller Bauarbeiter zum Kampf gegen die Offensive der Bauunternehmer!

Lohnabbau in der Glasindustrie

Für die Glasindustrie ist am 1. Juli ein Schiedsgericht gebildet worden, das die geltenden Löhne um 2 Prozent abbaut. Die „Begründung“ ist das übliche Gerede von der „Umstellung der Industrie“ und den „schlechten Abzugsbedingungen“. Das neue Lohnabkommen gilt bis zum 30. September 1926. Erklärungsfrist bis 13. Juli.

Abgebaute Eisenbahnarbeiter!

Auf verschiedene Anfragen abgebaute Eisenbahnarbeiter betreffend Nachzahlung teilen wir mit: Alle Eisenbahnarbeiter, die unter den Reichslohnstar fallen und nach dem 1. Januar d. J. abgebaut wurden oder aus einem anderen Grunde aus dem Dienst der DRG ausgeschieden sind, haben Anspruch auf Nachzahlung. Für die Arbeiter der Lokgruppen 1 bis 5 werden 2,30 Mark monatlich, für die Lokgruppen 6 und 7 4,60 Mark und für die Lokgruppen 6 und 7, soweit für Dienstorte Ortslohnzulagen von über 25 Prozent festgelegt sind, 6,90 Mark monatlich nachgezahlt. Die Arbeiter müssen sich sofort bei den Dienststellenleitern melden. Anträge, die nach dem 31. Juli gestellt werden, bleiben unberücksichtigt.

Die Berggewaltigen schreien über Belgien

Der Bericht des Oberbergamtes Aachen zeigt den wahren Grund der Steigerung der Unfälle, über die wir vor einigen Tagen ausführlich berichteten. Es weist nämlich nach, daß sogar eine Abnahme (1, der Unfälle eingetreten sei, wenn man damit nicht die Zahl der Beschäftigten, sondern — die gesteigerte Kohle vergleicht. Folgende Zahlen beweisen das:

Jahr	Forderung in t	Unfälle in 1
1924	10 900 128	0,285
1925	14 272 633	0,311
1924	5 539 967	1,188
1925	5 563 010	1,143

Das ist eine Beziehung nach dem Betrag der Unternehmer. Warum die Unfragen, wenn immer mehr Bergarbeiter zum Strümpel geschlagen werden oder nur als Leichen aus Tageslicht gebracht werden? Wenn die Förderung und der Profit zunehmen, dann ist alles gut. Das Bergvolk lebt für die kapitalistische Ausbeutung nicht, der Profit alles. Warum hilft alle Arbeiterorganisation nichts, wenn die ausbeuterischen Organe nicht aus dem Rahmen der Opfer dieser Menschen, der Arbeiter selbst bestehen. Nur eine willkürliche, in jeder Beziehung ungeschickte Betriebskontrolle der Arbeiter, die in enger Verbindung mit Betriebsräten und Gewerkschaften zu Werke gehen, kann die Unfälle verhindern und vorbeugende Maßnahmen ausüben.

Die Not der Landwirtschaft

(Von unserem Landwirtschafts-Korrespondenten.)

Der Reichsminister Hermann hat unter dieser Woche wieder im „Reichsboten“ die Forderung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes und seine Verteilung an die Kleinrentner geäußert. Zu diesem Zweck hat er auch ein Buch geschrieben, in dem er sich nach dem Grundgesetz auf die Verteilung des Grundbesitzes in der Landwirtschaft einläßt. Er ist ein Buch, das die Landwirtschaft als ein „ausgezeichnetes“ Geschäft darstellt, das die Regierung zu unterstützen hat. Er ist ein Buch, das die Landwirtschaft als ein „ausgezeichnetes“ Geschäft darstellt, das die Regierung zu unterstützen hat. Er ist ein Buch, das die Landwirtschaft als ein „ausgezeichnetes“ Geschäft darstellt, das die Regierung zu unterstützen hat.

erlt allmählich zum genossenschaftlichen Großbetrieb durch das Beispiel der staatlichen Mühlenbetriebe gezogen werden. In der letzten Zeit müssen wir gegen die Verpachtung von Ländereien und landwirtschaftlichen Pächtern und für Verwaltung durch die Behörden oder Genossenschaften unter Kontrolle der Gutsherrn einreden. Aber auch dem Kleinrentner müßte und könnte heute geholfen werden, wenn man ihn von Staatswegen die Forderung angeht, die man für die Pächter und die Mäntelchen übrig hat. Steuerzuschlag und Kredite für die Kleinrentner wären nur der Anfang.

Die Zustände auf der Neuhofgrube in Karl

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Ich halte heute Gelegenheit, eine Skizze über Lage zu arbeiten. Wo man sich umgedreht hätte, dort stand ein Arbeiter; davon gibt es auf der Neuhof-Grube sehr viele, denn wer Arbeiter werden will, der braucht bloß deutschnational gekleidet sein und rabiat gegen seine Mitstreiter, etwas schwarzes, jungente und ähnliches gibt es auch genügend, aber die Technik ist sehr faul. Die ganze Einrichtung ist noch nach algermanischer Art hergerichtet. Es ist lebensgefährlich zu arbeiten, die Teppichgänger sind verfault. Besonders erwähnt muß das Wagenkürzen auf die Halbe und auf die Rollen werden. Beim Kürzen auf die Rollen soll die Förderung herunterfallen. Aber auf Neuhof fallen die ganzen Wagen auf die Rollen und auf die dort arbeitenden Mäntel. Ein Mäntel wurde von einem herunterfallenden Wagen gequetscht und blieb liegen. Keiner von den Anwesenden kam zu fragen, was ihr geschehen ist. Sie haben nur

weiter angegriffen. Das Mäntel hat gelegen, bis sie sich erholt und sich dann selber weggeschleppt hatte. Auch der Steiger kam, meldet ein Arbeiter dies dem Steiger und lachte. Zu den Betriebsräten haben die Leute kein Vertrauen, denn sie bestehen zu drei Vierteln aus Deutschnationalen. Bei der Wahl haben sich die Leute einschüchtern lassen. Die meisten sind aus Pölnisch-Oberschlesien und fürchten Terrorakte. Auch auf Neuhof-Grube wird das Morgenrot leuchten.

Aus der Säbholzfabrik Wahl in Stegenhals

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Vor kurzem fanden hier die Betriebsratswahlen statt. Der freigelegte Kandidat Langner erhielt 32 und der Christliche 42 Stimmen. An diesem Ergebnis war Langner selbst schuld. Es wurde das ganze Jahr hindurch nur an vier Tagen gearbeitet. Er aber wurde von der Firma besser behandelt und konnte voll arbeiten. Wenn der Betrieb stand, so verrichtete er verschiedene Gelegenheitsarbeiten. Auch in dem Hofe hat er gearbeitet, obwohl er in dem Betriebe beschäftigt ist. Nach der Wahl schied ihm ein Arbeiter aus einem Zettel: „Braun, den Schwarzer abgelöst.“ Langner vermutet, daß es der Arbeiter G. war. Als G. sich in der Zellulosefabrik um Arbeit bewarb, schickte Langner ihn bei dem Direktor an. Kollegen, nun wagt ihr, was ihr von Langner zu halten habt. Sorgt dafür, daß bei der nächsten Betriebsratswahl ein freigelegter Kandidat aufgestellt wird, der das Vertrauen der Gesamtarbeiterschaft genießt.

Die 25. Generalversammlung des BVB.

2. Verhandlungstag.

Nach kurzer Begrüßungsvorrede des Saarbrücker Oberbürgermeisters Dr. Reites und des Regierungsrats Donau vom internationalen Arbeiteramt wird in die Verhandlungen über Punkt 3 der Tagesordnung: Geschäftsberichte für die Jahre 1924 und 25 eingetreten. Kamerad J. J. J. stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Er beabsichtigt zu den Ausführungen Hodges eine Erklärung abzugeben, wird aber vom Vorstandlich unterbrochen, da dieses angeblich nicht zur Geschäftsordnung gehöre. Nunmehr ergreift als erster J. J. J. das Wort zum Bericht der Verwaltung. Hodges wird nicht erwidert, daß die Hoffnungen auf eine Besserung der Wirtschaftslage, die er auf der Dresdener Generalversammlung ausgesprochen hat, nicht in Erfüllung gegangen sei. Im Gegenteil zeigen die Wirtschaftsziffern, daß die Krise sich noch häßlich verschärft, daß insbesondere in der Kohlenindustrie keine Besserung zu erwarten ist. Die Belegschaftsziffern im Steinkohlenbergbau haben sich gegen 1922 um 250 000 vermindert. Diese Lage wird von den Unternehmern rücksichtslos benutzt, um Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchzuführen. Der Vorstand sei bemüht gewesen, die Regierung und den Reichstag zum Eingreifen zu veranlassen, aber bei keinem Stellen werde diese Forderungen berücksichtigt. Hulsmann erklärt, daß es ein Anzeichen der verschärften Krisenlage sei, daß die Interessen der Arbeiter nicht berücksichtigt werden, sondern in gleichem Atemzuge, daß auch die Generalversammlung, die bisher immer schon abgelehnten Forderungen aus neue erheben müßte. Dieses, trotzdem es anstehend ausführt, daß wir noch nicht am Ende der Stilllegungen angelangt sind. Die technische Entwicklung geht weiter, die Gewerkschaft solle diese nicht aufhalten, aber sie müßten fordern, daß nicht die Laster vollkommen auf die Arbeiterlast entfallen.

Ebenso trübe wie im Steinkohlenbergbau läge es auch im Erz- und Kaliberbau aus. Eine Besserung erwartete Hulsmann, wenn in Belgien und Frankreich die Währung stabilisiert werde.

Besonders bezeichnend waren die Ausführungen Hulsmanns zur Frage der Arbeitsgemeinschaft. Er wendet sich gegen die Verwirklichung der Frankfurter Zeitung, die nach einer künftigen Sitzung zwischen Vertretern der Arbeitgeber und der Bergarbeiterorganisationen von einem Wiederanstreben der Arbeitsgemeinschaft berichtet habe, und betont, daß dieses vor allem in der kommunistischen Presse zu einem Sturm auf die Organisation benutzt werde. Er beruft sich auf einen Bericht der 24. Generalversammlung, der wohl kein Einverständnis erklärt, mit dem Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft: Der aber vorher verschiedene Fragen über Eigentums- und Verwaltungsfragen der Bergbauunternehmen u. a. geregelt haben wird. Da diese Fragen bis heute noch nicht gelöst sind, könnte aus der Austritt aus dieser Arbeitsgemeinschaft — so wird die Arbeitsgemeinschaft nunmehr umschrieben — nicht erfolgen. Hulsmann erlucht um die Ablehnung der dazu vorliegenden Entwürfe. Er sagt dazu folgendes:

„Wenn es aus dem Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft gelangen wäre, Stilllegungen zu vermeiden, Arbeitszeit und Löhne in besserer Weise zu regeln, dann hätte kein Mensch nach der Arbeitsgemeinschaft gefragt.“

Hulsmann vermag nur zu sagen, daß gerade diese Tätigkeit in der Arbeitsgemeinschaft dazu beigetragen hat, daß die Lage der Bergarbeiter sich in entgegengesetzter Weise zum Schaden der Bergarbeiter entwickelt hat, und daß dieses gerade die Veranlassung dieser, der arbeitgemeinschaftlichen Verhandlungstätigkeit auf das Schärfste zu bekämpfen.

Unter Betonung, daß es jetzt unmöglich sei, in der Zeit der Wirtschaftskrise den Kampf um die Lebensbedingungen aufzunehmen, legte er als einziges Ziel den dringenden Appell an die Reichsregierung des Reichstages abzugeben zu ratifizieren.

Der jüngstestellen Vorschlag der Organisation begründet Hulsmann mit den Stilllegungen im Bergbau und den damit verbundenen Massenentlassungen. Trotzdem er allerdings ausgeführt hat, daß die Reichsregierung keine Besserung erwarten läßt, ist er jetzt wieder sein Hoffen auf einen kommenden Aufschwung der Wirtschaft, wo es wieder möglich sein werde, vorwärts zu marschieren. Der Vorschlag ist ferner begründet, durch die Schließung der kommunistischen Presse, insbesondere gegen Hulsmann des „Reichsboten“, die dazu beitragen, das Vertrauen der Bergarbeiter zu Organisation zu erschüttern. Von dem zum BVB aus der Union übergetretenen 3797 Mitgliedern wäre ein großer Teil wieder abgewandert. Die Führer des Bergarbeiterverbandes, so erklärt Hulsmann, werden sich niemals unter die Kontrolle der Arbeiter stellen lassen. Jellen und Conzelmanns, werden nach wie vor bekämpft werden. Er fordert deshalb die Ablehnung der Entwürfe, die eine Aufhebung der bisherigen Beschlüsse fordern. Daß der Vorschlag der Organisation auf dem Gebiet zu finden ist, wie es die kommunistische Presse häufig dargestellt geworben ist, zeigen die weiteren Ausführungen Hulsmanns, als er erklärt, daß in der Reichsregierung 70 Kameraden wegen Verstoßes ihrer Pflicht nach verhandlungsunfähige Delikte ausgeschloffen sind.

Ein von zwei Redner, so erklärt Hulsmann, müßte, will er auch Ergebnisse gebracht. Jetzt hier habe die kommunistische Presse häufig Angriffe gegen den Vorstand des Bergarbeiterverbandes erhoben. Sie hätten aber alles getan, um es zu verhindern. Beschlüsse und Verhandlungen mit dem BVB, mit den Eisenbahnarbeitern und Bergbauarbeitern bezogen.

dahingehende Verpflichtungen abgibt, daß dieses in voller Freiheit gelassen kam.

Das gleiche wäre der Fall mit dem Anschluß der russischen Bergarbeiter an die Internationale. Die russischen Bergarbeiter würden jederzeit aufgenommen, müßten sich aber von Moskau freimachen, da man nur einer Internationale angehören kann. Nach diesen Ausführungen stellt Hulsmann zusammenfassend fest, daß die Gegenstände auch in Deutschland sich ständig verschärfen, daß das Unternehmertum immer brutaler gegen die Arbeiterklasse vorgehe. Es soll die Aufgabe des Verbandes sein, auch fernerhin in der Vertretung der Interessen der Bergarbeiter vorbildlich zu wirken. Ob dieses bisher in voller Höhe gelungen sei, wollte er nicht entscheiden.

Als nächster Redner spricht Borgschulze zu der sozialpolitischen Frage. Er betont, einleitend, daß diese für die Bergarbeiter Lebensfragen seien und daß drei Fünftel der gewerkschaftlichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik liege. Borgschulze kommt dann zum Reichstagsantragssatz zu sprechen. Er betont wiederholt, daß das Anknappungsgele, das jetzt der Reichstag angenommen hat, einen glänzenden Erfolg für die Bergarbeiter darstelle.

Der Reichstagsbericht spricht Bismarck, Befriedigend stellt er fest, daß sich die Einnahmen trotz der Krise gebessert hätten, wenn sie auch nicht als zufriedenstellend bezeichnet werden können. Die Unternehmerrückstellungen habe die Hauptlaste belastet. Zu dem am Schluß des Berichtsjahres vorhandenen Vermögen stellt Redner fest, daß die Hälfte in Vermögenswerten festgelegt sei, deshalb nicht in Anspruch genommen werden könnte, um damit, wenn auch nicht angesprochen zu werden, daß die Organisation zur Führung von Lohn- und Arbeitskämpfen nicht genügend finanzielle Mittel zur Verfügung habe.

Den Bericht des Kontrollausschusses gibt Koch.

In den Nachmittagsstunden beginnt die Diskussion über den Geschäftsbericht. Als erster spricht Rosemann. Er stellt fest, daß die Taktik und Politik des Verbandes, die seit Kriegsbeginn bis heute geführt wurde, den Bergarbeitern nicht zum Besten gedient hat. Auf die Hannover beweist in seinen Ausführungen, wobei die heutige Gewerkschaftspolitik die Arbeiter führt. Gegen diese Ausführungen wendet sich sogar der nächste Redner, der nicht zur Opposition gehört. Er betont, daß die wirtschaftliche Seite dieser Frage die Arbeiterklasse nichts angehe; die Bergarbeiter hätten zu fordern, daß für sie eine längere Arbeitszeit durchgeführt wird. Er fordert weiter, daß der Vorstand mit größerer Energie gegen das Verschleppen von Nebenfragen vorgeht. J. J. J. erklärt auf eine Anfrage aus der Versammlung, über das Verhalten der Parteien im Reichstag zum Reichstagsantragssatz, daß die SPD versucht habe, möglichst viel herauszuholen. Meyer-Saargebiet protestiert dagegen, daß die Generalversammlung den Vertreter der Saarregierung so ruhig anhörte, der es abgelehnt habe, mit Gewerkschaftsvertretern zu verhandeln. Er erklärt ferner, daß die Opposition einen Grant Hodges, der sich bei Beginn des englischen Kampfes für die Arbeitszeitverlängerung ausgesprochen, nicht als Vertreter der englischen Bergarbeiter anerkennen kann. Redner bezeichnet die Sozialverhältnisse im Saargebiet als die schlimmsten für die Bergarbeiter. Er fordert, daß die Bergarbeiter ganz Deutschlands den Kampf um Lebensbedingungen und Lohnerhöhung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufnehmen müßten. Engelhard-Kachen stellt fest, daß aus dem Aachener Gebiet täglich sehr große Kohlentransporte nach Antwerpen für englische Firmen abgehen. Weidner-Zeit betont gegenüber den Angriffen des Vorstandes und seiner Anhänger, daß die Kommunisten nicht die Schuld am Niedergang der Organisation trügen. J. J. J. Köln polemisiert gegen die Lobreden der Anknappungsnotelle. Er stellt fest, daß die Verschlechterungen größer seien als die Verbesserungen, die jetzt mit Absicht in den Vordergrund gestellt werden. Franz-Oberschlesien polemisiert gegen den Kameraden Rosemann. Er sagt, daß die Taktik die Verhältnisse im Bergbau nicht beeinflusse. Die Macht der Arbeiter kann nicht durch Taktik gefördert werden. In Oberschlesien hätten die Bergarbeiter, unter kommunistischer Taktik gekämpft und hätten jetzt die 8 1/2-Stunden-Schicht (Selbstverständlich weiß auch Franz, daß die verlängerte Arbeitszeit zurückzuführen ist auf die Zustimmung zu der Verordnung über die Verlängerung der Arbeitszeit, glaubt aber trotzdem, das Argument von der kommunistischen Taktik hier anzuwenden zu müssen.)

B. B. D. Dortmund richtet geschäftsmäßig die Anfrage an den Vorstand, ob sich keine Delegierten zu Wort gemeldet hätten, da bisher mit Ausnahme von drei Kameraden nur Angehörige zu Wort gekommen wären. Die Anfrage ruft am Vorstandsmitglied einige Verlegenheit hervor. Hulsmann erklärt, daß die Leitung die Wortmeldungen auf die einzelnen Bezirke verteilt hätte, daß unter den Wortmeldungen Folge von Delegierten nicht genügend vorgelegen hätten. Adler, Cottrop, weist nach, daß im ersten und zweiten Vierteljahr 1925 nur 5000 Mitglieder neu in den Verband aufgenommen sind. Im dritten Vierteljahr, nachdem die Union die Bezeichnung beibehalten hat, sind wohl, wie Hulsmann behauptet, 3770 Mitglieder von der Union übergetreten, aber im ganzen sind in diesem Vierteljahr mehr als 13 000 Neueintritte zu verzeichnen gewesen. Die Eisenner Bezirke, so konstatierte Redner, tragen zur Erhaltung der Mitglieder bei. Mit Spitzmethoden wird gegen die kommunistischen Mitglieder gearbeitet, um festzustellen, ob sie an Helfershelfern, die von ihrer Partei einberufen sind, teilnehmen und ihnen daraus ein Ausschlußverfahren anhängen. Im Interesse der Organisation müßten die Eisenner Bezirke ausgebeug werden. Redner stellt weiter fest, daß Grahmann, der hier soviel von Erziehung der Mitglieder sprach und für den Sozialismus zu gewinnen sucht, noch heute Vorstandsmitglied des bürgerlichen Roten Arzenges ist.

Für die Freiheit von Max Hoels

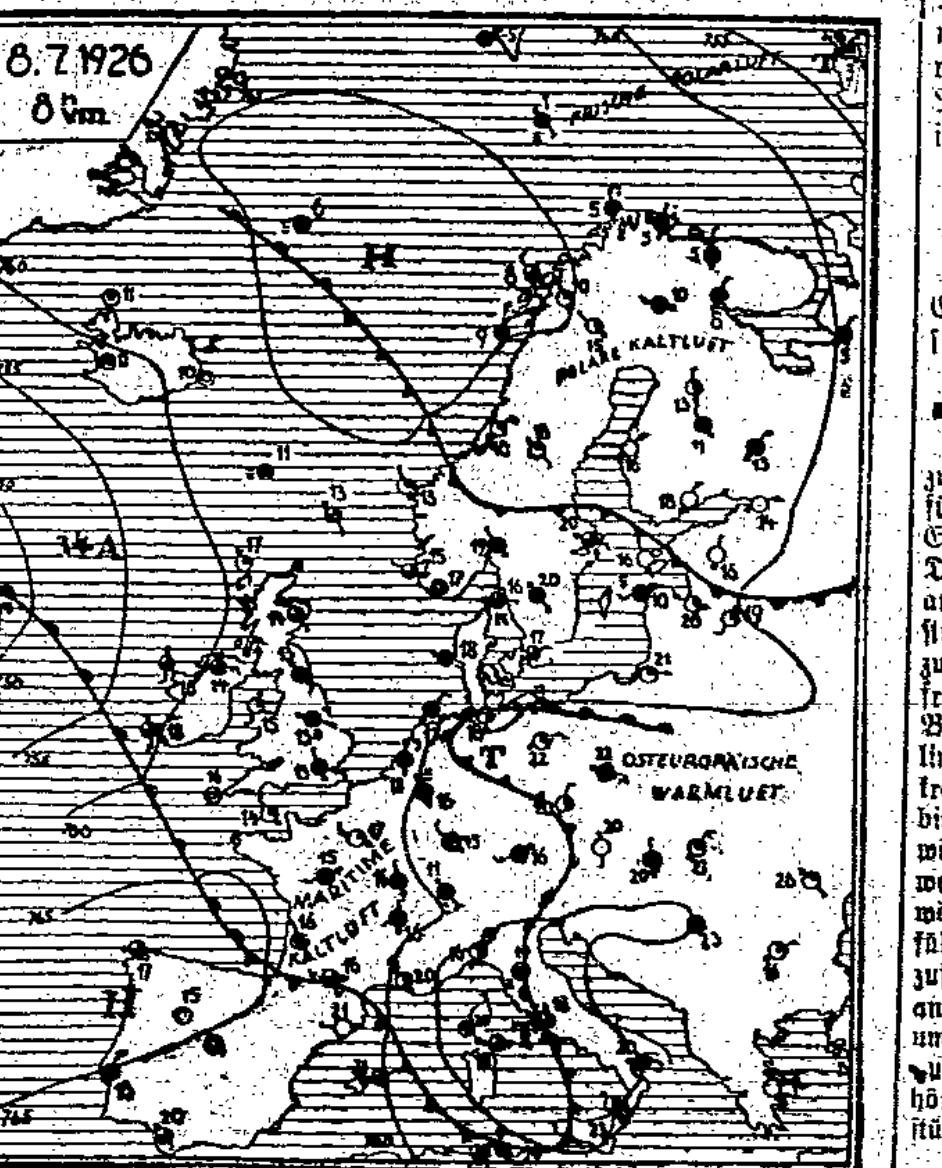
demonstrieren gestern abend in einer von der Roten Hilfe einberufenen Kundgebung in den Zentral-Balkonen über 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen...

Ein früherer Hauptbelastungszeuge und Kronzeuge der Staatsanwaltschaft hat seine Aussage in den wesentlichen Punkten widerrufen...

Zum Schluss zog der Referent, wiederholt von stürmischen Zustimmungskundgebungen unterbrochen, eine Parallele zwischen den Klassenjustizurteilen bei revolutionären Proletariats und den an der Bourgeoisie...

(Lebhafte Psui-Rufe.) Herr Josephsen wird freigesprochen, weil das Täfelchen auf dem „i“ steht. Das ist die deutsche Klassenjustiz in Aktion...

Statistische Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge. Der Magistrat gibt bekannt: Am 2. Juli hat eine statistische Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge begonnen...



Zeichenerklärung: Regen, Schnee, Graupel, Hagel, Gewitter, Dunst, Nebel. Die Spitzen der Windpfeile liegen im Stationskreis; die Befiederung gibt die Windstärke an...

Wetterbericht des meteorologischen Observatoriums Strietern bei Breslau. Die von Westeuropa langsam eingebrungene kühlere maritime Luft hat in Mittel- und Süddeutschland zu verbreiteten Gewittern geführt...

Christliche Kinderausbeutung

Die „Kongregation der Franziskaner“ — Gespräch mit einem „Bruder“ — Der Vater als Antreiber — Ein Kulturbild

„Lasset die Kindlein zu mir kommen“ — denn sie sind billige Arbeitskräfte... Sinter der Kolenthafer Brücke, rechts an der Ober entlang, liegen die Gärten und kleinen Stiedlungen der „Siedlungsgesellschaft Breslau-Nord“...

„Kongregation der Franziskaner“. In scharfem Kontrast stehen diese nicht durch eigener Hände Arbeit geschaffenen pompösen Baulichkeiten zu den kleinen Anlagen der Stiedler.

Die „Siedlungsgesellschaft Breslau-Nord“ besaß auf diesem Gelände mehrere Gebäude, die früher das Versuchsfeld der Universität bildeten.

Spottpreis von 40 000 Mark dieses Gelände mit den dazugehörigen Gebäuden. Durchaus nicht berührt werden soll hier die Frage, die sich unwillkürlich aufwirft:

Von wo nimmt die Kongregation die Summen, um Gebäude aufkaufen zu können?

Seit Frühjahr dieses Jahres läßt nun die „Brüder-Vereinigung“ Umbauten durchführen. Es soll ein „Jugendheim“ errichtet werden.

Laibstand: Schullinder im Alter von 10—12 Jahren werden dort mit Maurerarbeiten beschäftigt.

Nur mit Hose bekleidet, bei drückender Julisonne müssen diese kleinen Ziegel tragen, Holz mit alten rostigen Nägeln schleppen, Sand fahren, Schutt wegräumen.

mit Hilfe der Kinder die viertennige Scheune abgetragen worden! Ein Bruder hat dort den größten Teil des Tages die Aufsicht, vertritt also gewissermaßen den Voller.

zugehen, in denen sie namentlich über den Normalbruttoverdienst für die Woche oder den Monat um Angaben ersucht werden. Nähere Erklärungen über Anrechnung befinden sich auf der zuzustellenden Doppelliste.

Kleine Nachrichten Den Verletzungen erlegen. Zu dem Autounfall des dem Grafen Nord von Wartenberg gehörigen Autos bei Carlowitz ist zu melden, daß der verletzte Autinjaher der 27 Jahre alte, in Berlin tätige Studienassessor Gerhard Haenell war.

Versammlungskalender Partieveranstaltungen Breslau. Freitag 7.30 Uhr in allen Zellengruppen Mitgliederversammlungen: Zentrum 1 und 2 im Turmhof...

Ein Anstebler stellte vor einigen Tagen diese ungeheuerlichen Vorkommnisse fest und übersendet uns folgendes:

Bei einem Gange durch den früheren Gutshof bemerkte ich einen Maurer, der ein Loch ausschaltete. Mehrere Kinder standen um ihn herum und schauten seiner Arbeit zu.

„Malos, flint, das muß heute noch fertig werden.“

und auf einen Saufen Ziegel und Bretter setzte. Erkaunt gleich ich auf diesen Geistlichen zu und fragte ihn, ob die Kinder hier etwa gegen Entgelt beschäftigt sein. Darauf wurde mir zur Antwort:

„Die Kinder bekommen keine Bezahlung, sondern nur Essen!“

Als ich ihn aufmerksam machte, daß Kinderarbeit doch verboten sei, erwiderte er:

„Die Kinder tun dies im eigenen Interesse, sie bauen ein Jugendheim.“

Als ich mich über diese nackte Kinderausbeutung aufregte, verwies mich dieser „Bruder“ auf das Säusrecht. Ich wagte nun noch darauf hinzuweisen, daß es doch genug Arbeitslose gäbe, worauf er mit antwortete:

„Dafür haben wir kein Geld.“

Soweit unser Gewährsmann. Fest steht also, daß die „Kongregation der Franziskaner“ gegen Essen-Entschädigung hauptsächlich Kinder arbeiten läßt.

In einem Gebäude neben diesem Gutshof wohnt ein Polizeibeamter aus Breslau, der täglich die Kinder bei der Arbeit sehen muß.

Zuständig für diese Gebiete ist der Gutsvorstand Kolenthafer.

Wir fragen: Steht niemand diese unerhört skandalösen Zustände?

Wo bleibt die drei zuständige Gendarmerte, die sofort mit einer Polizeistreife zur Hand ist, wenn ein kleiner Anstebler sich eine massige Mauer setzt?

Warum kümmert sich die Kreisbau-polizei und der Bauarbeiter-schutz nicht um diese Vorfälle?

Wagt niemand gegen diese ungeheuerliche Ausbeutung der Kinder, die von einem Franziskaner-Vater angetrieben werden, zu protestieren?

Wir fordern das Landratsamt und die übrigen Behörden auf, sofort gegen diese Art der Betätigung der „Kongregation der Franziskaner“ einzuschreiten!

Jad.

Kommunistischer Jugend-Verband

- Breslau. Freitag, 9. Juli, abends 7.30 Uhr, Probe, Minoritenhof. Sonnabend, 6.30 Uhr, alle im Handelsgewerbe Beschäftigten und Organisierten Sitzung.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Breslau. Arbeitslose Kameraden melden sich Sonnabend 10—12 Uhr im Gaudäus Matthiasstraße 94 bei Bartned zur Flugblattverteilung. Fellschammer. Sonnabend 7 Uhr öffentliche Werbeversammlung in Mayranjshacht.

Sonstige Organisationen

- Breslau. Nieder-Salzbrunn. Rote Hilfe. Sonnabend 8 Uhr im „Nobstrag“ Mitgliederversammlung. Gäste willkommen. Striegau. Rote Hilfe. Sonntag Ausflug nach dem Fichtental.

Waldenburg

Die letzte Stadtverordnetenversammlung und die Beurteilung durch die Presse

(Von unserem Stadtverordneten-Berichterstatter)

Das „Neue Tageblatt“ schreibt in seinem Bericht über die letzte Stadtverordnetenversammlung, daß man von bürgerlicher Seite vorausgesehen hatte, daß diese Sitzung im Zeichen kommunistischer Opposition stehen würde. Der Zuhörerraum sowie der Korridor des Rathhauses seien von Kommunisten besetzt gewesen, die durch fortgesetzte Jurufe sich an den Beratungen des Stadtparlamentes zu beteiligen und durch Definieren der Saalkür in den Sitzungssaal zu drängen suchten. Das Grubenbesitzerorgan wendet sich in der ihm eigenen Weise gegen die Tätigkeit der kommunistischen Stadtverordneten und erklärt, daß die Bürgerlichen dem Antrage der kommunistischen Fraktion nur zugestimmt hätten, um eine Zersplitterung des Stadtparlamentes zu vermeiden. Aus diesem Artikel ersieht jeder, daß die bürgerlichen Stadtverordneten im Prinzip gegen die Forderungen der Kollektivisten sind, aber unter dem Druck der Öffentlichkeit sich veranlaßt sahen, dem kommunistischen Antrage zuzustimmen. Wenn Herr Menzel (Bürgerl. Arbeitsgemeinschaft) zuerst für Ablehnung der Forderungen eintrat, und ihm aus dem Zuhörerraum berechtigte Entrüstungserweise entgegenwirkten, so war dies durchaus verständlich. Daß ihm bei dieser Gelegenheit der kommunistische Stadtverordnete Franz Käftig zustellte, war den bürgerlichen Parteien durchaus nicht angenehm, und daher ist die Tat dieses Grubenbesitzerorgans durchaus zu verurteilen.

Der „Gebirgskurier“, das demokratische Organ, äußert sich zu dieser Frage: „Es sei leider noch kein Mittel erfunden worden, um den Kommunisten die Mäuler zu stopfen.“ Das 2-Männerkollegium der Demokraten müßte ebenfalls erst durch den Druck der öffentlichen Meinung dazu veranlaßt werden, Farbe zu bekennen, und wenn der „Gebirgskurier“ als getreuer Fridolin des „Neuen Tageblatts“ auftritt, so erkennen die Arbeiter immer mehr daraus, daß das Bürgergremium geschlossen gegen die Arbeiterschaft auftritt und ihm die rote Klassenfront entgegenstellt werden muß.

Dies wird auch in weiten Kreisen der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter begriffen, nur nicht bei den Redaktoren der „Bergwacht“, die übrigens bald selbst nicht mehr wissen, wie sie ihre Stadtverordnetenfraktion in der Öffentlichkeit rehabilitieren sollen. Deshalb wurde in der „Bergwacht“ berichtet, die Kommunisten lobstotern die Anträge der Erwerbslosen, verschwiegen wird aber schamhaft, wer eigentlich das Problem der Fürsorge für alle Unterhaltungsempfänger ausgearbeitet und diesbezügliche Anträge gestellt hat. Inwiefern die Schreibweise der „Bergwacht“ berechtigt ist, überlassen wir getrost den Erwerbslosen und denjenigen, die dem Verlauf der letzten Sitzung beigewohnt haben, zu urteilen. Die Arbeiterschaft weiß, was sie von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zu halten hat, und die sozialdemokratischen Arbeiter selbst sind empört über das Verhalten ihrer Stadtverordneten. Man bezeichnet diese Stadtverordneten als Leute, welche an chronischer Artenerkrankung leiden. Wir haben dem Urteil der sozialdemokratischen Arbeiter über ihre Stadtverordnetenfraktion nichts hinzuzufügen, empfehlen aber jedem Arbeiter, die „Arbeiter-Zeitung“ zu lesen.

Wieder ein Loter!

Auf dem Juliusbach wurde in der Mittagsstunde des 7. Juli der Bauer Laqua, 6. Abteilung, vor Ort durch hereinbrechende Gewittermassen völlig verpöckelt. Erst nach vierstündiger angetrübter Arbeit konnte die Leiche geborgen werden. Laqua war 57 Jahre alt. Der Schädelknochen der Kameradschaft betrug etwas über 4,50 Mark. Infolge niedriger Gebührgestaltung waren die Kameraden gezwungen, wie Tolle zu arbeiten, um die Familien nicht völlig verhungern zu lassen. Was wunder, wenn sie an eigene Sicherheit nicht denken konnten.

Auf der Profittjagd schreiten die Vergewaltigen über Leichen — es sind ja nur Arbeiterleichen! Kameraden, es ist höchste Zeit, dem verbrecherischen Treiben der Ausbeuter ein energisches Halt entgegenzusetzen. Mehr als das Leben können wir auch im Klassenkampf nicht verlieren.

Schwarzwalder. Neue Typhuserkrankung. In den bis her gemeldeten Typhusfällen im Krassigen Hause ist noch ein neuer Typhusfall hinzugekommen.

Gaßlau. Unfall. Der Dienstknecht Erich Zilch führte am vergangenen Sonnabend ein Pferd von der Schmiede nach dem Gutshof, als das Pferd plötzlich in unglücklich zu Fall kam, daß es den Z. unter sich begrub. Er erlitt einen Unterkieferbruch.

Über-Leppersdorf. Wie der Gemeindevorsteher die Erwerbslosen schikanieren. Ein Erwerbsloser schreibt: Der Gemeindevorsteher Dehmel glaubt, die Erwerbslosen noch seiner jeweiligen Laune behandeln zu dürfen, insbesondere glaubt er, ihm politisch unangenehme Erwerbslose durch Anordnungen abfertigen zu können. Es sei folgender Vorfall erwähnt: Es wurde einem Jugendlichen die volle Erwerbslosenkarte zum Arbeitsnachweis zurückgehalten, mit dem Bemerkten, sie dem Gemeindevorsteher zu übermitteln. Als sich nach einigen Tagen der Jugendliche beim Herrn Dehmel meldete, sagte sich der Herr Dehmel, daß der Jugendliche mit Anordnungen zu empfangen und für einen Tag die Erwerbslosenunterstützung zu entziehen — während er anderen in derselben Sache die Unterstützung anzubiete. Die durch diese Schikane empörten Erwerbslosen gehen hiermit Herrn Dehmel zur Kenntnis, daß sie nicht länger gewollt sind, sich in einem demütigen Retraktation behandeln zu lassen.

Freiburg. Die wirklichen Arbeiterzersplitterer am Branger. Ein Arbeiter schreibt: Infolge des allgemeinen proletarischen Verhaltens der 3 Lehrer an der weltlichen Schule Sauer, Gauhhaber, Berger, des so weit ging, daß die Genannten aus Unterricht kein Interesse mehr hatten, die ihnen anvertrauten Kinder infolge dessen verhaltenen, traten die Kinder der 3 Klassen in passive Resistenz. Dasselbe wird auch in guter Art und Weise bei über 90 Prozentiger Teilnahme durchgeführt. Wie bei einem gewerkschaftlichen Streik ist die Wirkung am besten, wenn der Kampf einheitlich. Dies wird aber durch das Verhalten einiger Eltern, die ihre Kinder weiter zu den alten Lehrern schicken, verhindert. Sie sollen also der übrigen Elternschaft in den Rücken. Das bezeichnendste ist, daß darunter einige Sozialdemokraten sind, die immer wieder, die Kommunisten seien die Arbeiterzersplitterer. Die Schüler Robert Mikoleitschid und es, welche einen geschlossenen Kampf unmöglich machen. Hieran können die Arbeiter klar erkennen, welche heuchlerische Art das Geschrei der Betroffenen war. Mag die Arbeiterschaft aus den Vorgängen lernen, denn welche ihr, wenn bei einem gewerkschaftlichen Streik einmal solche Führer vorkommen.

Görlitz

Rothschiß aus der Schreidinger Wunde

Von dem Schwedinger Arbeitshaus gelangt folgender Brief an uns, den wir ausnahmsweise hier wiedergeben:

„Liebe Eltern! Ich befinde, daß dies ein geringeres Haus für Zwangsarbeiter ist, da man unter den schwersten Umständen, Land, Reich, Betteln usw. haben muß, und was das Schlimmste ist, hinter geschlossenen Türen, also isoliert wie im Gefängnis. Ich muß betonen, daß die Leute im Zwangsheim nur 20 Prozent besser leben wie im Zwangsarbeiter hier. Denn ein Freier gibt es hier, das Schweine und Hühner nicht anzubauen dürfen. Wir müssen es nur frägen, eben, damit man nicht zermalmbar. Sonntag mittag gibt es Kartoffelsuppe. Von den anderen Tagen will ich gar nicht reden. Dazu jeden Tag 500 Gramm trockenes Brot und morgens Mehlsuppe, was aber nur Aufwärmwasser ist. Glaubt mir, es ist fürchterlich.“

Jungarbeiter und junge Arbeiterin auch Du gehörst zu uns!

Der Kommunistische Jugendverband wendet sich wiederum an alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen. An alle, an diejenigen, die mit uns in Schritt und Tritt gehen, unter unserer Führung gegen Fürsten, Geldadel und Reaktion marschieren. Auch an diejenigen, denen man in unserer demokratischen Republik kein Wahlrecht gibt, und auch an euch, die ihr in diesem Kampf des Volksentscheids noch gleichgültig beiseite standet.

Warum wir uns heute an dich wenden? Weil es so nicht mehr weiter gehen kann. Weil endlich etwas getan werden muß, um den elenden, miserablen Zuständen, die sich von Tag zu Tag verschlechtern, ein Ende zu machen. Einige Millionen junger Werkstätiger zeigen bereits im Volksentscheidslampfe, daß sie gewillt sind, ihre Lage zu verbessern. Durch Stimmabgabe für den Volksentscheid reihen sie sich mit ein in die große gewaltige Front der 15 Millionen. 15 Millionen, die übergroße Mehrheit der werktätigen Bevölkerung, verlangte im Volksentscheid die Enteignung der Fürsten und doch wird diesem Verlangen nicht stattgegeben, der Wille der werktätigen Bevölkerung mit Füßen getreten. Die Kapitalistenklasse versteht die Mittel der Demokratie gegen die Arbeiterschaft anzuwenden, bereitet weitere Vorschläge zugunsten der Fürsten und Reaktion auf die Arbeiterschaft und deren schwächsten Teil, das Jungproletariat, vor.

Die Lage des Jungproletariats ist miserabler denn je! Unter der Parole „Nationalisierung“ geht das Unternehmertum dazu über, die raffiniertesten Antreibersysteme zur Ausbeutung des Proletariats einzuführen. Mit wenigen und willigen Arbeitskräften bei 10- und 12-stündiger Arbeitszeit gedenkt die Kapitalistenklasse auf Kosten der Arbeiterklasse ihre, die kapitalistische Wirtschaft wieder aufzuführen.

Als billige und willige Arbeitskräfte ist das Unternehmertum bestrebt, die jungen Arbeiter und Frauen zu verwenden.

18- bis 21-jährige Jungarbeiter bekommen in den nächsten Jahren keine Arbeit.

Das ist keine Prophezeiung, sondern liegt in der Linie des Unternehmerprogramms, entweder junge billige Kräfte, oder ältere erfahrene Arbeiter, nicht aber die jung ausgeleiteten Arbeiter von 18 bis 21 Jahren, die bald denselben Tariflohn fordern wie die älteren Kollegen, kommen bei Einteilung in den Produktionsprozess in Frage. Das ist die Meinung der Unternehmer.

Das Erwerbslosentum wächst tagtäglich. Über drei Millionen Arbeiter sind erwerbslos, darunter eine halbe Million Jungarbeiter. (Allein in Berlin ist die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen in den letzten Wochen auf 320.000 angewachsen.) Der übergroße Teil der jugendlichen bekommt heute überhaupt keine Unterstützung, der Rest nur ein paar Pfennige, die nicht zum Leben reichen. Im Reichstag ist man drauf und dran, dafür zu sorgen, daß auch diese paar Pfennige noch gestrichelt werden. Die Erwerbslosenunterstützung will man in fünf Lohnklassen stufen. Wer im Betrieb den niedrigsten Lohn bekommt, soll auch die geringste Erwerbslosenunterstützung bekommen. Am stärksten wird von dieser Maßnahme das Jungproletariat betroffen. Ein Arbeitslosen-Ver sicherungsgelei, das nicht nur die Einführung der Pflichtarbeit vorsieht, sondern auch von den Arbeitenden die Zahlung von Versicherungsbeiträgen für die Erwerbslosigkeit, die vom Lohn in Abzug kommen, verlangt, wird vom Reichstag vorbereitet. In der Linie des Unternehmerprogramms liegt es, die Lohnspanne zwischen jugendlichen und Erwachsenen durch Herabsetzung der Jungarbeiterlöhne noch mehr zu vergrößern.

Zur verkappten wirtschaftlichen Ausbeutung kommt die politische Entrechtung.

Im Reichstag werden Vorbereitungen zur politischen Entrechtung der arbeitenden Jugendlichen in verschiedenen Fragen getroffen. Ein Gesetzesentwurf sieht die Einführung der Arbeitsdienstpflicht für alle Jugendlichen vor. Ein zweiter den Raub des Wahlrechtes, die Herabsetzung des Wahlalters auf 25 Jahre. In Bayern hat man diese Frage schon konkret vor dem Landtag gestellt. Weiterhin sind Angriffe auf Versammlungs- und Koalitionsrecht im Gange.

In dieser ersten Situation wenden wir uns an dich! In all die Jugendlichen, die schon mit uns gekämpft haben, an euch, ihr jungen Arbeiter, denen man in der demokratischen Republik kein politisches Recht gibt, und an euch, die ihr noch beiseite steht. Wir fordern euch auf, Schluch zu machen mit diesen hoffnungslosen Zuständen. Es heißt für die arbeitende Jugend, sich zu sammeln gegen die Antreiber und die Ausbeutungspläne der Unternehmer, gegen die Pläne der Reaktion und ihre Führung, die jegliche Regierung.

Es heißt, im geschlossenen Kampf nicht nur die Angriffe zurückzuschlagen, sondern Schulter an Schulter mit der erwachsenen Arbeiterschaft um weitere elementare Forderungen zu kämpfen.

Ausreichende Unterstützung für alle erwerbslosen Jugendlichen! Menschenwürdige Löhne für alle Jungarbeiter und Lehrlinge! Sechskundentag und vier Wochen Mindesturlaub pro Jahr für alle Jugendlichen!

Das sind einige Forderungen aus dem Kampfprogramm, die zu verwirklichen sind, um die es einheitlich und geschlossen zu kämpfen gilt.

Kannst du in diesem Kampfe beiseite stehen?

Glaube nicht, daß du zu schwach bist, daß du in diesem Kampfe fehlen kannst. Wohl der einzelne ist schwach, aber im Zusammenschluß sind wir eine unüberwindliche Macht. Auch auf dich kommt es also an. Du darfst nicht mehr beiseite stehen, weg mit allem Saufen: „Das hat ja doch keinen Zweck“. Erwarte kein Heil von höheren Regionen.

Raffe dich auf — zum Kampfe reihe die Hand. Simein in den Kommunistischen Jugendverband!

HINEIN in den Kommunistischen Jugendverband!

Melde Dich noch heute an!



bald vier Monate trocken Brot zu essen. Ich bitte Euch, die Verhältnisse von hier an die „Rote Fahne“, „Arbeiter-Zeitung“ usw. bekanntzumachen.“

Anmerkung der Redaktion. Als die kommunistische Fraktion im Provinziallandtag den Antrag stellte, die Gehälter für die Gefängnisse in den Provinzialanstalten zu kürzen und dafür die Verpflegungsrationen zu erhöhen, stimmten die bürgerlichen Parteien und die SPD. dagegen. Nur der freidenker Pietich stimmte mit unseren Genossen. Die obige Zuschrift wird unsere Genossen im Provinziallandtag veranlassen, die Verhältnisse im Schwedinger Arbeitshaus genau zu untersuchen.

Der Arbeiterliche Provinzialausschuß war leistung zu einer Beihilfe in unserer Stadt. Er beschloß die Wohnfahrtsentrichtungen der Stadt, das Kinder- und Säuglingsheim, das Waisenhaus, Ledigenheim usw. Sein Besuch der Gedächtnishalle hielt er in Uebereinstimmung mit den höchsten Behörden und dem Museumsdirektor Freyabend eine Erweiterung dieses Saales für notwendig, da zurzeit die Räumlichkeiten auf Kellern und Böden liegen. — O Görlitz, wie reich bist Du! Die Annehmlichkeiten liegen im Verborgenen, daher muß die Gedächtnishalle erweitert werden. Grund: Herr Direktor Freyabend hat noch viel Sondergollerrbilder „auf Kellern und Böden“. Die sollen wir alle noch zu sehen bekommen. Wir schlagen vor, die Silber Friedrichs III., des Großen Kurfürsten, Wilhelms II. im Zeitalter der Demokratie auf den Boden zu stellen. Mit Kunst haben diese Silber doch wahrlich nichts zu tun. Sie sollen lediglich das Andenken an die Großtaten dieser Herrschaffen in Erinnerung bringen. Wir erinnern daran, daß der „Große“ Anstalt laut Geschichte Schlag-Lothinger gegen Bezahlung an Frankreich verraten und dem „Erbfeind“ zu seiner Eroberung Stolz erwies.

Neue Leuerungsstelle

Je mehr der 1. August naht, an dem die neuen, gewaltig erhöhten Zollsätze in Kraft treten — desto deutlicher bekommt die Arbeiterschaft zu fühlen, daß eine neue, gewaltige Leuerungsstelle im Auge ist. Langsam ziehen schon jetzt die Preise an. Seit diesem Montag kostet ein 4-Pfund-Brot 58 Pfennig, gegen 52 Pfennig der Vormode. Die große Erwerbslosigkeit, die kolossalen Hochwasserfluten, die mehr und mehr mit der Verschärfung der Krise andeuten, das große Leid weiterer Volksschichten, all das läßt das Proletariat einen Gewissenswider erwarten, der den des Inflationsjahres an Jänner und Rot gewaltig übersteigen wird. Ein kederer Bauer erklärte einmal, daß des Brot sogar bis 1 Mark steigen könne, und so wird ein Keil den anderen treiben, und der Prolet, der das Glas hatte, im Sommer ein paar Wochen zu arbeiten, wird im Winter weiterhungern, und die Aktion, daß jemals diese Dameritje, das Arbeitslosentum und die lächerliche Ungerechtigkeit in diesem kapitalistischen Staat ein Ende haben werden, wird in unserem Gehirn verankern, um der Erlösung Platz zu machen, daß nur die Herrschaft des Proletariats hier Veränderung schaffen kann und wird.

Gartenfest des KPS Ortsgruppe Görlitz

am Sonntag, den 11. Juli, im Lokal „Zum Kraspitz“ in Görlitz. Der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, die Rote Hilfe, die Internationale Arbeiterhilfe, die KPD, und alle Freunde und Sympathisierenden des KPS, sind hierzu herzlich eingeladen. 1 Uhr mittags treten sämtliche Männer am Nikolaigraben, 1 1/2 Uhr Abends mit Musik. Frauen und Kinder treffen sich um 2 Uhr am Schützenhaus und schließen sich dem Zuge an.

Im Festlokal: Gartenlokal, Schießen auf 2 Stunden, Preisregeln, Verlosung, Kinderbelustigungen. Eintritt für Erwachsene 20 Pfg., Kinder frei. Kinder erhalten gegen 20 Pfg. eine Karte für Musik und Semmel und Kuchen. Das gesamte Lokal mit Saal steht dem KPS zur Verfügung. Um zahlreiche Beteiligung auch umliegender Ortsgruppen ersucht. Der Vorstand.

RS. Verlosungsgegenstände müssen Sonnabend mittag 2 Uhr im „Goldenen Baum“, Untermarkt, abgeliefert werden.

Schles. Rundschau

Grottau. Immer neue Opfer rasender Autos. Der Kraftwagen eines Rittergutsbesizers (?) aus dem Kreise Romslau überfuhr eine Frau aus Tharnau namens Scheibel, die auf der Straße Kirchens aufblas. Die Frau war auf der Stelle tot. Darauf stürzte das Auto in den Straßengraben und wurde sehr beschädigt. Dabei wurde noch ein Arbeiter, der dort Gras mähte, verletzt.

Rattowitz. Opfer der Grube. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der Gieschegrube. Nahe dem Dtschacht der betreffenden Anlage erlitt die Lokomotive einen Zusammenstoß mit einigen Waggons, wobei die Maschine aus den Schienen gerissen wurde und umkippte, wobei die Dampfleitung platzte. Der Maschinist Krawczyk und der Heizer Richard Wojcickowski wurden sofort von heißen Dämpfen eingehüllt und schwer verbrüht. Der Heizer hatte trotz der schweren Verletzungen noch die Möglichkeit, aus der Maschine zu springen. Dagegen konnte der Maschinist Krawczyk erst nach großen Bemühungen unter der Lokomotive hervorgezogen werden. Er verlor einige Minuten darauf unter furchtbaren Schmerzen und Qualen.

Rosenberg. Ein Todesopfer eines Raubüberfalls. In Stachow drangen Banditen durch das Fenster in die Pöbelgehige Behausung ein, erschlugen den Eigentümer und verletzten dessen Frau schwer. Dann suchten sie mit einer Beute von 40 Mark das Weite.

Oberglogau. Einen grauenhaften Fund machte man in der Schneiderischen Sandgrube in Polnisch-Wüllmen. Der Gärtnerlohn Franz Pella war mit dem Ausgräbsten von Sand beschäftigt, als er auf einen Menschenknochen stieß, den er anfangs für die Wurzel eines Baumes hielt. Beim weiteren Ausgraben ließ man in einer Tiefe von ungefähr 50 Zentimeter auf einen fast verwesten, allem Anschein nach männliche Leiche.

Gleiwitz. Bei einer Kahnpartie ertranken. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich auf dem Klobnischkanal. Die Arbeiter Aloja und Feller hatten eine Gondelpartie unternommen. In der neunten Stunde tippte plötzlich das Boot und die beiden Insassen stürzten ins Wasser. Obwohl hilfsbereite Leute zur Stelle waren und die Gondler aus dem Wasser zogen, konnte Aloja nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden.

— Selbstmord. Seinem Leben durch Erhängen ein Ende bereitet, hat ein Fräulein von hier. Sie hatte den Boden im Hause ihrer Eltern aufgesucht und sich dort erhängt.

Sommer-Ausverkauf

12.-24. Juli mit

20% Sonder-Rabatt, außer den großen DDB-Vorteilen, d. h. nur 1/2 Anzahlung und Rest in 6 bequemen Monatsraten — als Beamter und Angestellter in sicherer Stellung kaufen Sie bei der DDB

ohne Anzahlung

Qualitätsbekleidung in allen Farben, Formen und Stoffarten
Höchste Leistungsfähigkeit / Weitestgehende Kulanz
Riesige Auswahl / Kleine Preise

20%



Deutsche Bekleidungs-AG
Das große Modenhaus in Liegnitz
Bismarckstr. 38

Liegnitz

Max Süßmann

Liegnitz, Mittelstraße Nr. 11

Arbeiter-Bekleidung
Sport-Anzüge / Windjacken
Regenmäntel / Regenmäntel
und Hosen in jeder Art
enorm billig

Billigste Preise
Beste Qualitäten

Schuhe nur von **Silbermann!**

Größte Auswahl
Sorgfältigste Bedienung

Liegnitz, Ring 30, Ecke Bäckerstraße

Max Süßmann

Liegnitz, Mittelstraße Nr. 11

Herren- und Knabenkonfektion

Schönste Auswahl

Billigste Preise

Motor- u. Fahrräder

sowie sämtliche Reparaturen
m. Sosinski, Mechanikermeister
Liegnitz, Breslauerstr. 75

Ihren Einkauf in
Kleiderstoffen — Herrenstoffen
Leinen- und Baumwollwaren

beden Sie bei bequemer Teilzahlung
am billigsten bei

Brunsfeld Jolibonobli
Liegnitz, Nikolaistraße 1

In Gartenstadt Liegnitz kann man seh'n
An vielen Ecken Pohl's Eiswaagen steh'n
Unsere Parole darum sei
Kauft Fruchteis in **Pohl's** Eiskonditorei

Kaufe gut und billig im
Zigarren-Spezialhaus
Richard C. Schliwa
Liegnitz, Haynauer Str. 4,
gegenüber der Ritterakademie.
Breslauer Str. Ecke Haagstrasse.

Die Central- und Hammer-Lichtspiele

sind in Liegnitz
die führenden
Lichtspielhäuser

Kolonialwaren — Zigarren, Zigaretten

kaufen Sie gut und preiswert bei

H. Nowastowski
Liegnitz, Wilhelmstraße 6

„Gasthof zum Vergißmeinnicht“
Jakob Graumann, Liegnitz
Breslauer Strasse 29

Angenehmer Aufenthalt, gutgepflegte Biere, Speisen zu
jeder Tageszeit, Fremdenzimmer, solide Preise.

Banzen

werden radikal ver-
billigt b. „Banzenstab“
Platz 1. — u. 2. 25 St.
Wih. Fegler,
Liegnitz, Carthaus-
Drogerie

Korb- und Bürstenwaren-Geschäft

Paul Friabe, Liegnitz
Glogauer Strasse 12/14

Arbeiter u. Angestellte

verkehren in den

„Drei Rosen“, Liegnitz,
Kohlmarkt 10-11
Gutgepflegte Biere — Fremdenzimmer

Empfehle meine erstklassigen Marken
Spezialräder

sowie
Größ- und Zubehörtelle
zu den bekannt niedrigen Preisen
— Teilzahlung —

Niederöchl. Fahr-Engro-Haus
Liegnitz
heut Marienplatz 6 (früher Ring 26)

Fahrräder Nähmaschinen

und alle
Reparaturen

Robert Hoffmann
Liegnitz, Kaiserstr. 4

Liegnitzer Beerdigungs-Institut

Paul John, Jauerstr. 20

Telefon 2125

Überführungen
mit Auto und Gespannen

Remane Nachf.

Inh. Th. Lewandowski

Billigste Bezugsquelle für
gute Kolonialwaren und
Rauchwaren

Liegnitz, Carthausstr. 7
und Filialen

Kolonialwaren / Konfitüren
Zigarren, Zigaretten u. Weine

Erich Rösner
Liegnitz, Wilhelm Strasse 30

Zigarren-Geschäft

Hermann Wagner
Liegnitz
Carthausstraße, Ecke Volkstraße

H. Bräunlich

Fahrräder — Nähmaschinen
Ersatzteile — Reparaturen
Liegnitz, Kohlmarkt Nr. 18

Karl Tize

Fahrräder, Motorräder
Ersatzteile
Liegnitz, Jauerstraße 8

Dauerhafte Schuhwaren

finden Sie jederzeit in reichster Aus-
wahl zu jedem beliebigen Preise bei

Franz Muche

Schuhmacherstr.
Liegnitz, Mühlenstraße 4

Institut für Naturheilverfahren

C. Muth

Liegnitz, Frauenstraße 5, II.
Sprechstunden: 9-1 u. 3-6

Frauenkrankheiten!

behandelt durch schwedische Massage
und Heilgymnastik
Frau B. Muth.

Reserbiert

Paul Meyer

Frisör

Liegnitz
Rudolfstrasse 24

Molkerei- u. Landbutter

Margarine, Käse, Eier,
täglich frisch und sehr preiswert
zu haben bei

Paul Dellca

Butterhalle Victoria
Liegnitz Frauenstr. 10

Koffer, Taschen Lederwaren etc.

empfiehlt billigst

F. Niesewetter
Liegnitz, Ritterstr. 25 III.

Achtung! Genossen von Liegnitz!

Werbt neue Leser für Eure Zeitung!

Erich Polz

Liegnitz, Mittelstrasse 72
ff. Fleisch- u. Würstwaren

Schauspielhaus
Breslau Operettenbühne
Telephon Stephan 87 460

Täglich 8 Uhr:
Die vertauschte Frau
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr
Der Orlow

Sahrradhandlung
Julius Philipp
Breslau, Friedrich-Wilhelm-Straße 82

Rote Frontkämpfer-Anzüge
liefert
aus guten imprägnierten
Stoffen vorschriftsmäßig
mit Krawatte u. s. w.
Arbeiterkleiderfabrik
L. Ascher
Breslau I, Büttnerstr. 6

Liebt-Theater
Telephon:
Stephan 84 646

Täglich 8 Uhr
„Was Frauen träumen“

15 Revue-Bilder voll
Humor und
Schlagermusik.
Verlängert. Gastspiel
der in Breslau so
schnell beliebt ge-
wordenen Wiener
Künstler:
Gerda Maurus
Bilde Schulz
Oskar Karlweis
Robert Häflberger
Sigi Hofer
Zeitgemäß billige
Eintrittspreise!

Doft, Gemüse
Sortierwaren
empfiehlt billigt
Berta Franz
Freiburg,
Rühlstr. 15

Billiger Fleisch-Verkauf

Schweinefleisch 1,00-1,10
Rindfleisch oh. Knochen 1,10-1,30
Hammelfleisch 1,00-1,20
Lungenfett u. Speck Pfd. 1,10
Reines Schweinefett Pfd. 1,10
Räucherspeck Pfd. 1,30
Kalbfleisch ohne Knochen 1,20-1,30
Pökelfleisch Pfd. 1,10-1,20
Leber- u. Preßwurst 1/4 Pfd. 0,20
Preßkopf Mettwurst u. Mortadella 0,30
ff. Aufschnitt 1/4 0,40

Ausnahmepreis!
Knoblauchwurst Pfd. 0,80
Polnische Pfund 0,70
Wiener Paar 0,10

sowie alle anderen Fleisch- und
Wurstwaren zu billigsten Preisen
empfiehlt

Adolf Weiß
Fleischerei und Wurst-Fabrik
Breslau, Moltkestr. 13
Fernsprecher Ring 2669

Werbt neue Leser!

Adolph Jacobsohn
Ältestes Spezialhaus
der Ohlauer Vorstadt
für
Herren- und Knaben-Konfektion
Breslau, Klosterstraße 49/51.

Ein Stadtgespräch
ist unser
Saison-Ausverkauf
zu noch nie dagewesenen Preisen.
Beginn Donnerstag, den 1. Juli 1926

Einige Beispiele:
Ein Posten
mod. Herren-Anzüge jetzt **17⁵⁰**
Herren-Anzüge von **29** an
Sabardine und Aabelstreifen
Ein Posten Bindfäden sowie sämtliche Sommer-
Sachen weit unter Preis.

Bekleidungshaus
Eugen Hamburger
Breslau 2, Neue Leichstraße 31
Ecke Springerstraße / 2 Minuten vom Hauptbahnhof

Hüte, Mützen
Gute Qualitäten — Kleine Preise

Hermann Barth
Hutmacher-Meister
Tel. 24

Gegen Vorweisung dieser Anzeige 5% Rabatt
Bei Bpwerbslosen-Nachweis 10% Rabatt

Karl Strauch, Polnitz
Blücherstraße 76
Fleischerei und Wurstgeschäft

Obst, Gemüse, Kartoffelgroßhandlung
Detailverkauf
Fritz Titze
Freiburg, Kirchstr., Keller, Kath. Schule

Nikolai-Kaufhaus ERICH HIRSCH
Breslau, Aisenstraße 18
Ecke Friedrich-Karlstraße
Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Hermann Schmidt
Hirschberg, Mühlgrabenstr. 23
Rohschlachtereier

Führer durch die Geschäftswelt von Görlitz und Umgegend

Gustav Merla
Jüdenring 3, Ecke Fleischerstr.
Lebensmittel
Milch / Butter / Eier

Gerhard Mühl
Steinweg 21
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Ernestine Krause
Jauernicker Straße 26
Vorkost - Geschäft

Möbel u. Polsterwaren
Eigene Werkstatt
H. Michalke
Inhaber O. Steinerl
Langenstraße 35

Herren u. Damen - Fahrräder
von 100 bis 130 Mark
auch Teilzahlung gestattet
bei Barzahlung 10% Rabatt
Karl Schmidt
(im Hof) Leichstraße 16 (im Hof)

Paul Schubert
Hohe Straße 27
Brot- und Feinbäckerei

Richard Hanke
Bogstrasse 5
Fleischerei und Wurstfabrik

Fedor Seeliger
Breslauer Strasse 8
Brot-, Weiß-, Feinbäckerei

Oskar Fehler
Jüdenstrasse 13
Markstand Elisabethplatz
**Verkauf schweizer Fleisch- u.
Wurstwaren**

Hirschberg
R. Steifir
Hospitalstraße 27 b
Verkauf aller Polstermöbel, moderne
Plüsch- und Stoff-Sofas
Chaiselongue usw.
Ausführung sämtlicher Reparaturen
Erleichterte Zahlungsbedingungen.

Leif Noviba
Cunnersdorf
Warmbrunner Straße Nr. 61
empfiehlt
feinste Fleisch- u. Wurstwaren

Referiert

Penzig
Kolonialwaren
Klara Herde's Erben
Etriede Michel
5 Prozent Rabatt

Emil Berndt's Witwe
Klapphüte — Filzhüte
Mützen
Damen-Mäntel — Kleider
Strickjaden

Alfr. Schindler
Lebensmittel
Milch, Butter, Eier

Maximilian Stroh
Görlitzer Straße 75
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei

Wilhelm Zahn, Görlitz
Kartoffeln, Obst, Feischgemüse
Jeden Sonntagabend zum Kochenmarkt

Petersdorf
im Riesengebirge
Damen- u. Kinder - Konfektion
Marta Schaefer
Strümpfe, Trikotasen, Kurzwaren

Carl Hirt
Kolonialwaren, Delikatessen
Spirituosen — Emaillewaren

Richard Wallisch
Kolonial-, Kurz-, Galanterie
und Spielwaren
K. Kaffee-, Tee-, Schokoladen, Tabakwaren

Franz Hiller
Fleisch- und Wurstwaren
Telephon 97

Friedrich Siebig
Verkauf feinsten
Fleisch- und Wurstwaren

Wonka's
Bäckerei u. Konditorei
Bestellgeschäft für ff. Backwaren

Julius Röhler
Kolonialwaren, Rauchwaren
Milch, Butter, Eier, Käse

Karl Beier
Vorkostgeschäft, Kolonialwaren
Süßfrüchte, Gemüse und Obst

Gustav Scholz
Verkauf
feinsten Fleisch- und Wurstwaren

Robert Jansa
Kolonialwaren — Vorkostgeschäft
Obst und Gemüse

Karl Wittwer
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Mehlhandlung

Lauban
S. Stephan
vorm. F. From
Fahrräder u. Nähmaschinen
Nikolaistraße 1 a

Niesky
Bekleidungs - Geschäft
August Kurok
Herren - Damen - Kinder
Berufs - Bekleidung

Fritz Rodenschuh
Salamander-Schuhwaren
Leder - Handlung

J. A. Schütz
Lebensmittel - Geschäft

Hermann Christoph
Zigarren- und
Wein - Handlung

Oswald Jäschke
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Neu-Ödernitz-Niesky

Hermann Vogt
Neu-Särchen
Kolonialwaren u. Textilwaren

Bunzlau
W. Hoffmann
Große Kirchstraße 4
Korb- u. Kinderwagen-Geschäft

Paul Bunzel
Tillendorfer Straße 1
Kolonialwaren — Tabakfabrikate
Steis frisch gebrüht
Kaffees eigener Röstung

Oskar Knobloch
Zollstraße 20
Obst — Gemüse
Süßfrüchte
Schokoladen — Zuckerwaren

Klara Fornfeist
Tel. 519 Oberstraße 13 Tel. 519
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei

E. Reinhold
Stadtstraße 19
Geschäft für Gelegenheitskäufe
sämtlicher Arbeitsbekleidung
sowie Wäsche und Schuhe für Herren,
Damen und Kinder
Möbel aller Art

Referiert

Sagan
Karl Schnalle
Brüderstraße 17

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Alfred Knebel, Pforte 1
Fahrräder, Nähmaschinen
Kinderwagen, Spielwaren
Reparaturen

Verantwortl. für Inhalt und Form, für den Betrieb, Druck und Vertrieb: Paul Jansa, Verleger, in Breslau, Berlin, Silesien, Verlagsgesellschaft, mbH, Breslau, Druck-Verlag-Berlin, 75 Bresl.